Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

2024/2103(INI)

14.4.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 361 - 685

Entwurf eines Berichts
Piotr Müller
(PE767.975v01-00)

Vergabe öffentlicher Aufträge
(2024/2103(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 361
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind ***und*** das Betrugs- und Korruptionsrisiko ***fortbesteht***; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***Kontrollverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz ***und Durchsetzung*** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind***,*** das Betrugs- und Korruptionsrisiko***, schlechte Arbeitsbedingungen, Verstöße gegen Gesundheits- und Sicherheitsanforderungen und Verletzungen von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten fortbestehen***; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, ***Interessenkonflikte,*** unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***zivile und strafrechtliche Kontroll-, Durchsetzungs- und Sanktionsverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge ***und die Fairness*** geschwächt wird;

Or. en

Änderungsantrag 362
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; ***weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende Kontrollverfahren das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird***;	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; ***bekräftigt, dass die Korruptionsbekämpfung im öffentlichen Auftragswesen wichtig ist***; ***fordert in diesem Zusammenhang mehr Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht bei den öffentlichen Ausgaben; fordert die Kommission nachdrücklich auf, fortschrittliche digitale Instrumente und Plattformen zu nutzen, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht bei öffentlichen Vergabeverfahren zu erhöhen und die Abschreckung in Bezug auf Korruptionspraktiken zu verstärken;**

Or. en

Änderungsantrag 363
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind ***und*** das Betrugs- und Korruptionsrisiko ***fortbesteht***; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft,	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz ***und Durchsetzung*** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind***,*** das ***Missbrauchs-,*** Betrugs- und Korruptionsrisiko***, schlechte Arbeitsbedingungen und Verletzungen***

unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***Kontrollverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;

der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte fortbestehen; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, ***rein preisbezogene*** Auswahlkriterien und unzureichende ***Kontroll-, Durchsetzungs- und Sanktionsverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge ***und die Fairness*** geschwächt wird;

Or. en

Änderungsantrag 364
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***ist besorgt darüber***, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende Kontrollverfahren das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt ***wird***;	10. ***stellt mit Besorgnis fest***, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch ***systematische*** Günstlingswirtschaft, ***politisch vorgegebene Ergebnisse,*** unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***unabhängige*** Kontrollverfahren das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt***, der Wettbewerb auf dem Markt verzerrt und die Kosten für den Steuerzahler erhöht werden***;

Or. en

Änderungsantrag 365
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ***ist***, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen ***anhaltend niedrig ist***, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, ***unklare*** oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***Kontrollverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz***, die Durchsetzung und die Fähigkeit zur Überprüfung der Einhaltung der Vorschriften*** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ***sind***, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen ***sehr unterschiedlich ausfällt***, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, ***unwirksame*** oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende ***Kontroll-, Durchsetzungs- und Sanktionsverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt ***und der faire Marktzugang im diesem Bereich untergraben*** wird;

Or. en

Änderungsantrag 366
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf

hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien ***und*** unzureichende Kontrollverfahren das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;	hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien***,*** unzureichende Kontrollverfahren ***und eine übermäßige Beteiligung von EU-Kontrollmechanismen*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;

Or. en

Änderungsantrag 367
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt ***darüber, dass die*** Transparenz ***bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird***, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und ***das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht***; ***weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und unzureichende Kontrollverfahren das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;***	10. ist besorgt ***über den anhaltenden Mangel an*** Transparenz***, der das öffentliche Auftragswesen in nicht zu vernachlässigender Weise kennzeichnet. Diese Probleme äußern sich insbesondere darin***, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ***und unbefriedigend*** ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich ***und interoperabel*** sind und ***strukturelle Faktoren bestehen, die geeignet sind, Phänomene der Misswirtschaft zu begünstigen***;

Or. it

Änderungsantrag 368
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft***, unklare oder unausgewogene Auswahlkriterien und*** unzureichende ***Kontrollverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;	10. ist besorgt darüber, dass die Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor unzureichend ist, was daran deutlich wird, dass der Anteil der veröffentlichten Vergabebekanntmachungen anhaltend niedrig ist, Daten über die Vergabe öffentlicher Aufträge nur eingeschränkt zugänglich sind und das ***Missbrauchs-,*** Betrugs- und Korruptionsrisiko fortbesteht; weist darauf hin, dass durch Günstlingswirtschaft, unzureichende ***Kontroll-, Durchsetzungs- und Sanktionsverfahren*** das Vertrauen in die Vergabe öffentlicher Aufträge geschwächt wird;

Or. en

Änderungsantrag 369
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. erkennt die schädliche Wirkung krimineller Akteure bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an; betont, dass Bieter, deren einziger Wettbewerbsvorteil in niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen besteht, die technologische und ökologische Entwicklung sowie die Vergabeverfahren und den Binnenmarkt zu behindern drohen; beharrt darauf, dass eine größere Transparenz erforderlich ist, um eine vollständige Weiterverfolgung und Kontrolle des Verfahrens und der Entscheidungen zu ermöglichen, sowie um sicherzustellen, dass die Entscheidungsträger zur Rechenschaft

gezogen werden; betont, dass geeignete Abhilfemaßnahmen eingeführt werden müssen, um die Transparenz und Integrität zu fördern, wie die Digitalisierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, Integritätspakte, die eine staatsbürgerliche Kontrolle ermöglichen, und hebt hervor, dass der Schutz von Hinweisgebern wichtig ist; betont, dass die höchsten Standards eingehalten werden müssen und Unternehmen, die Fehlverhalten an den Tag legen, systematisch auf nationaler und auf EU-Ebene über die EDES-Plattform auf einer schwarzen Liste erfasst werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 370
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. bedauert, dass die Nutzung der strategischen Vergabe öffentlicher Aufträge aufgrund der mangelnden Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber und ihrer daraus resultierenden Angst vor Rechtsstreitigkeiten und der nach wie vor vorherrschenden Tendenz, bei der Vergabe von Aufträge nach dem Kriterium des niedrigsten Preises zu entscheiden, wie im Sonderbericht Nr. 28/2023 des EuRH dargelegt, nach wie vor begrenzt ist;

Or. en

Änderungsantrag 371
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. bedauert, dass der derzeitige Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht den zwingenden Ausschluss öffentlicher Auftragnehmer aus Gründen wie Wettbewerbsverzerrung, Interessenkonflikte oder Verstöße gegen die Kernübereinkommen der IAO über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit vorsieht;

Or. en

Änderungsantrag 372
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek, Virginie Joron, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. fordert, dass bei der Vorbereitung der Überarbeitung der Richtlinien ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Transparenz und Verwaltungseffizienz berücksichtigt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 373
Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten	***entfällt***

Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 374
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen; ***fordert die systematische Übernahme qualitativer Kriterien in Ausschreibungsverfahren, d. h. des wirtschaftlich günstigsten Angebots, um eine Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu vermeiden und den öffentlichen Vergabestellen Rechtssicherheit zu bieten;*** ***stellt darüber hinaus fest, dass es bei vielen Ausschreibungen, obwohl sie auf der Grundlage des wirtschaftlich günstigsten Angebots organisiert sind, stets einzig darum zu gehen scheint, um den größten Preisnachlass zu wetteifern, wobei aggressive Rabatte dazu führen können, die Qualität der erbrachten***

	Dienstleistung langfristig zu beeinträchtigen: erachtet es daher als notwendig, in diese Praxis einzugreifen, damit die öffentliche Vergabestelle die Nachhaltigkeit des wirtschaftlichen Angebots anhand klarer Verfahren konkret überprüfen kann, um das öffentliche Interesse an der Qualität der Dienstleistung zu verfolgen; fordert, das Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens aufzuheben, wenn die negative Bewertung in Bezug auf die Zuverlässigkeit Posten betrifft, die aufgrund ihrer Bedeutung und ihrer Gesamtauswirkungen das gesamte Vorhaben wirtschaftlich unplausibel erscheinen lassen und strukturelle Indikatoren für eine unzureichende Zuverlässigkeit in Bezug auf die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags im Sinne der Verfolgung des öffentlichen Interesses bestehen;

Or. it

Änderungsantrag 375
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben ***werden, wodurch*** die Vergabestellen ***daran gehindert werden,*** zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht ***zu*** ziehen, ***was*** langfristig ***zu*** suboptimalen Ergebnissen ***führt***, die ***nicht*** mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang ***stehen***;	11. betont, dass öffentliche ***Auftraggeber aufgrund unzureichender Ausbildung sowie unzureichender finanzieller und personeller Ressourcen*** Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben***; bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass*** die Vergabestellen zusätzliche Faktoren wie ***ökologische Nachhaltigkeit, hochwertige Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen, die europäische Präferenz und die Widerstandsfähigkeit der Union***,

Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht ziehen, ***um eine Vergabe öffentlicher Aufträge zu fördern, die auf Qualität basiert, im Gegensatz zu*** langfristig suboptimalen Ergebnissen, ***und*** die ***insgesamt*** mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang ***steht und positive Auswirkungen auf das Gebiet hat***; ***betont, dass durch die aktuelle Lage unlauterer Wettbewerb auf Kosten von Qualität, Nachhaltigkeit und Sozialstandards gefördert wird, was in arbeitsintensiven Sektoren, in denen die Personalkosten einen großen Teil der gesamten Betriebskosten ausmachen, besonders gefährlich ist;***

Or. en

Änderungsantrag 376
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***betont***, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden***, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden***, zusätzliche ***Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was*** langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. ***bedauert zutiefst***, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden***, obwohl der derzeitige Rechtsrahmen die Möglichkeit bietet, qualitative Erwägungen wie innovative, ökologische, soziale und ethische Kriterien zu berücksichtigen; unterstreicht, dass die öffentlichen Auftraggeber dazu neigen,*** zusätzliche ***Kriterien außer Acht zu lassen, weil es ihnen an Rechtssicherheit bei der Anwendung mangelt; befürchtet, dass dies*** langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen; ***betont, dass die Anwendung des Kriteriums des niedrigsten Preises die Berücksichtigung der Betriebskosten und die Nutzung der***

Lebenszykluskosten verhindert, was langfristig zu einem schlechten Preis-Leistungs-Verhältnis für die Vergabestellen führt; ist der Ansicht, dass bei der Überarbeitung der Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge der Begriff „Verbindung mit dem Auftragsgegenstand“ näher bestimmt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 377
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis ***sowie ökologische und soziale Erwägungen*** in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen***, sowie weiter auf die Arbeitskosten und die Ergebnisse von Tarifverhandlungen und in der Folge auch auf die Arbeitsbedingungen und Löhne der Arbeitnehmer im Rahmen öffentlicher Aufträge drückt***; ***ist besorgt darüber, dass sich diese Situation insgesamt nachteilig auf die Entwicklung des Binnenmarkts auswirkt, der einer wettbewerbsfähigen und fairen sozialen Marktwirtschaft zugrunde liegt;***

Or. en

Änderungsantrag 378
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor ***in erster Linie*** auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, ***wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden***, zusätzliche Faktoren ***wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis*** in Betracht ***zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen***;	11. betont, dass öffentliche Aufträge ***in der Phase des Vergabeverfahrens in bestimmten Fällen*** nach wie vor auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden***, weil in den Auswahlkriterien, den technischen Spezifikationen, den Verweisen auf Normen und Gütezeichen oder den Bedingungen für die Ausführung des Auftrags*** zusätzliche Faktoren in Betracht ***gezogen wurden***; ***stellt fest, dass öffentliche Auftraggeber derzeit bereits die Möglichkeit haben, auf freiwilliger Basis und wenn sie entsprechend entscheiden, Faktoren wie Innovation, Nachhaltigkeit und soziale Erwägungen in Betracht zu ziehen, da dies mit den Richtlinien von 2014 ausdrücklich erlaubt wurde***;

Or. en

Änderungsantrag 379
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu

suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen; ***warnt davor, dass eine übermäßige Betonung kurzfristiger preisbasierter Kriterien bei der Auftragsvergabe die langfristige Nachhaltigkeit und Innovation untergräbt und sogar Sicherheitsrisiken bergen kann, insbesondere in Sektoren mit kritischer Infrastruktur oder mit Bezug zur nationalen Sicherheit;***
	Or. en

Änderungsantrag 380
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen; ***betont, dass das Zuschlagskriterium auf dem wirtschaftlich günstigsten Angebot beruhen sollte, wobei die Berechnungskriterien die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze, die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer sowie die soziale und ökologische Nachhaltigkeit umfassen sollten;***
	Or. en

Änderungsantrag 381
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, ***wodurch*** die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, ***was zu einem soliden Wettbewerb auf dem Markt führt und die Haushaltsdisziplin bei den öffentlichen Ausgaben sicherstellt, jedoch auch zur Folge hat, dass*** die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 382
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis ***sowie faire Arbeitsbedingungen und Löhne im Rahmen von Tarifverträgen*** in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 383
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, ***neben dem Preis*** zusätzliche Faktoren wie ***die europäische Präferenz, Belastbarkeit, Nachhaltigkeit,*** Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 384
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie ***Sozialklauseln, Nachhaltigkeitsklauseln,*** Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und

Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 385
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der ***Bürgerinnen und*** Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürger ***der Mitgliedstaaten*** im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 386
Regina Doherty, Christian Doleschal

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass ***öffentliche*** Aufträge ***nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen***;	11. betont, dass ***bei der Vergabe öffentlicher*** Aufträge ***ein angemessenes Preis-Leistungs-Verhältnis angestrebt und ein langfristiger wirtschaftlicher Nutzen gefördert werden sollte, indem unter anderem sichergestellt wird, dass die Durchführung des gesamten Auftrags auf der Grundlage eines angemessenen Preis-Leistungs-Verhältnisses bewertet wird***;

Or. en

Änderungsantrag 387
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***betont***, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. ***beklagt***, dass ***in bestimmten Bereichen*** öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. it

Änderungsantrag 388
Virginie Joron, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***betont***, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. ***bedauert***, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen führt, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. fr

Änderungsantrag 389
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen ***führt***, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;	11. betont, dass öffentliche Aufträge nach wie vor in erster Linie auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, wodurch die Vergabestellen daran gehindert werden, zusätzliche Faktoren wie Innovation und das Preis-Leistungs-Verhältnis in Betracht zu ziehen, was zu langfristig zu suboptimalen Ergebnissen ***führen kann***, die nicht mit den Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 390
Johan Danielsson, Adnan Dibrani, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. bedauert, dass die Richtlinie den öffentlichen Auftraggebern keine ausreichenden Instrumente an die Hand gibt, um kriminelle Unterwanderung, Ausbeutung von Arbeitskräften und die Nichterfüllung öffentlicher Aufträge wirksam zu verhindern, und in einigen Fällen sogar öffentliche Auftraggeber behindert, die proaktive Maßnahmen ergreifen möchten; betont, dass diese Mängel nicht nur die Gefahr bergen, dass öffentliche Mittel in kriminelle Netze

gelenkt werden, sondern auch kritische Sicherheitsbedenken aufwerfen, da sie potenziell ungeeigneten oder böswilligen Akteuren den Zugang zu sensiblen Arbeitsplätzen, strategischer Infrastruktur und wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 391
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. fordert, dass bei der Vergabe von Aufträgen die Verhältnismäßigkeit zwischen der Größe des Auftrags und der Struktur des Unternehmens auf der Grundlage der Anzahl der Arbeitnehmer, der erforderlichen spezifischen Fähigkeiten, des Umsatzes und der erforderlichen Ausrüstung berücksichtigt wird; erkennt an, dass Unternehmen auch auf der Grundlage früherer Aufträge, die an sie vergeben wurden, bewertet werden müssen, auch mit Hinblick auf die Arbeitnehmerrechte; empfiehlt eine positive Bewertung für interne Tätigkeiten und betont, dass die Kontinuität der Arbeiten im Falle von Vertragsänderungen gewahrt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 392
Regina Doherty, Christian Doleschal

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass das vorrangige Ziel der Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin darin bestehen sollte, für ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis, Wettbewerb und Transparenz zu sorgen, wobei die Fähigkeit der Unternehmen, zu gleichen Bedingungen miteinander zu konkurrieren, nicht übermäßig eingeschränkt werden sollte; betont nachdrücklich, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht dazu genutzt werden sollte, Unternehmen übermäßig zu belasten oder bestimmte Modelle von Arbeitsbeziehungen wie Tarifverhandlungen zu begünstigen, die den Wettbewerb verzerren und den Grundsatz gleicher Wettbewerbsbedingungen untergraben könnten;

Or. en

Änderungsantrag 393
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. stellt fest, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge trotz der Einrichtung nationaler und europäischer Mechanismen unter einem anhaltenden mangelnden Interesse vonseiten kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) leidet, was insbesondere auf wiederkehrende Zahlungsverzögerungen, die mangelnde Klarheit und Lesbarkeit der nationalen und europäischen Ausschreibungen sowie auf mangelnde Transparenz bei den Auswahlverfahren für Bewerber zurückzuführen ist, was zu einem Gefühl

von mangelnder Transparenz in den Verfahren führt;

Or. en

Änderungsantrag 394
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. stellt fest, dass die Autonomie der Behörden, einschließlich der lokalen Gebietskörperschaften und der Behörden, die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erbringen, stets uneingeschränkt geachtet werden muss; betont, dass die öffentliche Erbringung von Dienstleistungen, öffentlich-öffentliche Partnerschaften sowie die interne Erbringung von Dienstleistungen stets als taugliche Option fortbestehen müssen und nicht unter Druck gesetzt werden dürfen, insbesondere nicht durch „verpflichtende Ausschreibungen“;

Or. en

Änderungsantrag 395
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass die Behörden, einschließlich der lokalen Gebietskörperschaften, autonom bleiben, insbesondere im Hinblick auf die Entscheidungsfreiheit, und fordert, dass dieser Grundsatz eingehalten wird; fügt hinzu, dass bei der Überarbeitung der

Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge Optionen in diesem Sinne – wie die öffentliche Erbringung von Dienstleistungen, öffentlich-öffentliche Partnerschaften und die interne Erbringung von Dienstleistungen – gewahrt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 396
Henrik Dahl

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. warnt davor, sektorspezifische Nachhaltigkeitsverpflichtungen direkt in die Vergaberichtlinien aufzunehmen, und stellt fest, dass solche Ziele bereits durch sektorspezifische Rechtsvorschriften angegangen werden; betont, dass das Vergaberecht sich nach wie vor auf verfahrenstechnische Aspekte beschränken und nicht mit der Aufgabe belastet werden sollte, zur Erreichung von übergeordneten politischen Ziele beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 397
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. betont, dass Preiswettbewerb im Rahmen offener und fairer Bietverfahren per se Innovationen und Qualitätsverbesserungen mit sich bringt,

ohne dass komplexe Regulierungsrahmen erforderlich sind, die die Unternehmen und die Steuerzahler mit unnötigen Verwaltungskosten belasten würden;

Or. en

Änderungsantrag 398
Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11a. ist der Ansicht, dass die vorherrschende Praxis, öffentliche Aufträge auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises zu vergeben, zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten führt und zu Sozialdumping und unlauterem Wettbewerb beiträgt, wodurch Unternehmen, die in bessere Arbeitsbedingungen investieren, benachteiligt werden;

Or. en

Änderungsantrag 399
Johan Danielsson, Adnan Dibrani, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. stellt mit Besorgnis fest, dass die derzeitige Richtlinie Rechtsunsicherheit darüber schafft, inwieweit die Mitgliedstaaten Maßnahmen ergreifen können, um kriminelle Unterwanderung und Ausbeutung von Arbeitskräften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verhindern; hebt insbesondere den Mangel an Klarheit darüber hervor, ob es

den Mitgliedstaaten gestattet ist, die Vergabe von Unteraufträgen in Sektoren mit hohem Risiko zu begrenzen, obwohl die Risiken im Zusammenhang mit langen und undurchsichtigen Unterauftragsketten gut dokumentiert sind; betont, dass diese Ungewissheit zu einer fragmentierten Rechtslandschaft in der gesamten Union geführt hat, mit einer Vielzahl von legislativen Ansätzen und keiner klaren Bestätigung der Kommission hinsichtlich der Zulässigkeit solcher Beschränkungen im Rahmen des EU-Rechts; betont, dass diese Mehrdeutigkeit die Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber untergräbt und die Fähigkeit der Mitgliedstaaten schwächt, entschieden gegen Missbrauch in den Auftragsvergabesystemen vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 400
Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. ist zutiefst besorgt über Berichte der ELA und der Sozialpartner, wonach öffentliche Aufträge, die auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, Anreize für Unternehmen schaffen, die Kosten für Löhne, Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz- und Sicherheitsmaßnahmen zu senken; ist der Ansicht, dass die vorherrschende Praxis, öffentliche Aufträge auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises zu vergeben, zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten führt und zu Sozialdumping und unlauterem Wettbewerb beiträgt, wodurch Unternehmen, die in bessere

Arbeitsbedingungen investieren, benachteiligt werden;

Or. en

Änderungsantrag 401
Klara Dostalova, Elisabeth Dieringer, Jaroslav Bžoch, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	11b. stellt fest, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor der Kostenminimierung Vorrang eingeräumt wird, wobei Aufträge überwiegend an die niedrigsten Bieter vergeben werden, obwohl potenzielle Bedenken hinsichtlich des Wertes, der Qualität und der langfristigen Wirksamkeit dieser Entscheidungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bestehen;

Or. en

Änderungsantrag 402
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Verbesserungsbedürftige Bereiche	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 403
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei,

Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 404
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***nimmt zur Kenntnis, dass*** derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***diskutiert wird***; betont ***jedoch***, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der ***Verfahren*** konzentrieren sollte***, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die***	12. ***unterstützt die*** derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***laufende Diskussion, um sicherzustellen, dass Aufträge, die den grenzübergreifenden Wettbewerb fördern, angemessen eingesetzt werden***; betont ***ferner***, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands ***für Wirtschaftsteilnehmer*** und die Vereinfachung der

Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der ***Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***;	***Ausschreibungsverfahren*** konzentrieren sollte***; diese Faktoren stellen nach wie vor eines der Haupthindernisse für die tatsächliche Teilnahme an Vergabeverfahren dar, insbesondere von Seiten kleiner und mittlerer Unternehmen. Die Umständlichkeit*** der ***Verfahren, die durch eine hohe fachliche und rechtliche Komplexität gekennzeichnet sind, zusammen mit Verwaltungsschritten, die bisweilen im Missverhältnis zum Auftragswert stehen, stellt eine der Hauptschwierigkeiten im Bereich des öffentlichen Auftragswesens dar, diese Faktoren beeinträchtigen letztendlich die Wirksamkeit und Schnelligkeit der Vergabeverfahren, halten neue Wirtschaftsteilnehmer von der Teilnahme ab und führen längerfristig zu einer bedeutenden Einschränkung des Wettbewerbs zum Nachteil der Auftragsqualität und mit daraus folgenden Kostenbelastungen für die Vergabestellen***;
	Or. it

Änderungsantrag 405
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Gheorghe Falcă, Dirk Gotink, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass ***derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der***	12. nimmt zur Kenntnis, dass ***angesichts des erheblichen Anstiegs der Inflation und der Baukosten in der EU derzeit eine starke Nachfrage nach einer Aktualisierung der Schwellenwerte besteht, und drängt auf eine Anhebung der Schwellenwerte für öffentliche Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge auf 750 000 EUR und für Bauaufträge auf 10 000 000 EUR; betont, dass***

Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind**; **betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;

Planungsleistungen unter die bereits bestehende Sonderregelung für „soziale und andere besondere Dienstleistungen“ mit einem Schwellenwert von 750 000 EUR fallen sollten, wobei dies eine größere Flexibilität und Effizienz bei Vergabeverfahren für diese Art von Dienstleistungen gewährleisten würde; fordert die Kommission auf, sich für eine Anhebung der Schwellenwerte auf internationaler Ebene einzusetzen; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass viele Ausschreibungen nicht mehr für den europäischen Binnenmarkt relevant sind, selbst wenn sie den derzeitigen EU-Schwellenwert erreichen; stellt fest, dass EU-weite Vergabeverfahren für nationale Bieter jedoch einen unverhältnismäßig höheren Verwaltungsaufwand bedeuten könnten;

Or. en

Änderungsantrag 406
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; ***betont jedoch**, **dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind***; betont, dass ***nicht mehr über Anpassungen der***	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; ***fordert die Kommission auf, die Anhebung der derzeitigen Schwellenwerte für die öffentliche Auftragsvergabe in der EU in Bezug auf Lieferaufträge, Dienstleistungsaufträge und Bauaufträge zu prüfen; fordert die Kommission auf, eine Anhebung der genannten Schwellenwerte in Erwägung zu ziehen; ist der Ansicht, dass höhere Schwellenwerte mehr Aufträge auf***

Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;	***lokaler Ebene ermöglichen, die lokale Wirtschaft stärken und einen positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten können***; betont, dass ***bei der Anhebung der genannten Schwellenwerte bestimmte Garantien und Bedingungen in Betracht gezogen werden müssen, z. B. dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit den allgemeinen Grundsätzen des öffentlichen Vergaberechts die erforderlichen Informationen über Ausschreibungen unterhalb der Schwellenwerte übermitteln, um die Transparenz aufrechtzuerhalten und einen besseren Einblick in die Märkte für öffentliche Aufträge zu ermöglichen***;

Or. en

Änderungsantrag 407
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird;*** betont ***jedoch***, dass man sich bei der Überarbeitung ***stattdessen*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;***	12. betont, dass man sich bei der Überarbeitung auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind;

Or. en

Änderungsantrag 408
Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, Klara Dostalova

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***nimmt zur Kenntnis***, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***stattdessen*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***;	12. ***begrüßt***, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird***, um sicherzustellen, dass Aufträge, die den grenzüberschreitenden Wettbewerb fördern, gezielt vergeben werden***; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***in erster Linie*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine Anhebung der in Artikel 15 der Sektorenrichtlinie festgelegten Schwellenwerte zu erwägen, um die Vergabeverfahren in kritischen Sektoren zu vereinfachen***;

Or. en

Änderungsantrag 409
Maria Grapini

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der***	12. ***ist der Auffassung, dass angesichts des hohen Anteils an Aufträgen, die an große Unternehmen vergeben werden, große Aufträge aufgeteilt werden sollten, damit KMU, die die Anforderungen an***

Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;	***Qualität, Preis und Lieferzeit erfüllen können, auch Zugang zu diesen Aufträgen haben***;

Or. ro

Änderungsantrag 410
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***nimmt zur Kenntnis, dass*** derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***diskutiert wird***; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***stattdessen*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***betont, dass nicht mehr über Anpassungen der*** Schwellenwerte ***diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***;	12. ***unterstützt die*** derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***laufende Diskussion, um sicherzustellen, dass Aufträge zur Förderung des grenzübergreifenden Wettbewerbs gezielt ausgerichtet sind***; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***auch*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***fordert die Kommission auf, die in Artikel 15 der Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen in besonderen Bereichen festgelegten*** Schwellenwerte ***als Maßnahme zur Vereinfachung in wichtigen Bereichen zu erhöhen***;

Or. it

Änderungsantrag 411
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont ***jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der*** Verfahren ***konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind***; ***betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***;	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont, ***dass durch die Überarbeitung unnötiger Verwaltungsaufwand verringert und die*** Verfahren ***vereinfacht werden sollten***; ***fordert die Kommission auf, zu prüfen, ob eine Ausweitung der Anwendung bestimmter zentraler Bestimmungen künftiger Richtlinien oder Verordnungen auf Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte notwendig und verhältnismäßig ist, um eine größere Kohärenz, Transparenz und Wirksamkeit auf allen Ebenen der öffentlichen Auftragsvergabe sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 412
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands***, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit***

konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;

und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***; hebt hervor, dass das öffentliche Auftragswesen marktorientiert bleiben muss, um fairen Wettbewerb und gleiche Chancen für alle Anbieter zu gewährleisten***;

Or. en

Änderungsantrag 413
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont ***jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung stattdessen auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind***; betont, dass ***nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden***;	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont***, dass die Anhebung der Schwellenwerte den öffentlichen Auftraggebern mehr Unabhängigkeit verleiht und Möglichkeiten eröffnet, Aufträge auf der Grundlage lokaler Bedürfnisse zu vergeben***; betont, dass ***höhere Schwellenwerte ein hohes Maß an Transparenz erfordern***;

Or. en

Änderungsantrag 414
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***stattdessen*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***betont***, dass eine wirksame Behandlung dieser Fragen die Notwendigkeit einer Diskussion über Schwellenwertanpassungen verringern würde;	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit ***parallel*** über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; ***ist der Ansicht***, dass eine wirksame Behandlung dieser Fragen die Notwendigkeit einer Diskussion über Schwellenwertanpassungen verringern würde;

Or. en

Änderungsantrag 415
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***stattdessen*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der	12. nimmt zur Kenntnis, dass derzeit über die Aktualisierung der Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge diskutiert wird; betont jedoch, dass man sich bei der Überarbeitung ***in erster Linie*** auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Vereinfachung der Verfahren konzentrieren sollte, da die eigentlichen Ursachen vieler Herausforderungen nach wie vor darin liegen, dass der

Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;	Verwaltungsaufwand hoch ist und die Verfahren komplex sind; betont, dass nicht mehr über Anpassungen der Schwellenwerte diskutiert werden müsste, wenn diese Probleme wirksam behoben würden;

Or. en

Änderungsantrag 416
Klara Dostalova, Virginie Joron, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. erkennt an, dass die Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge deutlich angehoben werden müssen; fordert sofortige Maßnahmen zur Aktualisierung dieser veralteten Schwellenwerte, die derzeit kleine und mittlere Unternehmen zwingen, selbst für Verträge geringen Ausmaßes komplexe bürokratische Verfahren zu durchlaufen; betont, dass die Verwaltungsvereinfachung zwar notwendig ist, aber nicht ausreicht, ohne dass eine wesentliche Erhöhung der Schwellenwerte vorgenommen werden, die es den Arbeitsplatzschaffenden ermöglichen, sich statt auf Papierarbeit auf Innovation zu konzentrieren; besteht darauf, dass die Anhebung dieser Schwellenwerte eine marktbasierte Lösung darstellt, mit der die Eingriffe der Regierung verringert und die Befolgungskosten gesenkt werden;

Or. en

Änderungsantrag 417
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass die Überarbeitung der Vergaberichtlinien über die bloße Anhebung der Schwellenwerte hinausgehen und einer erheblichen Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Verfahrensvereinfachung Vorrang einräumen sollte, da viele Herausforderungen auf die übermäßig komplexen und zeitaufwändigen Anforderungen zurückzuführen sind, die den öffentlichen Auftraggebern auferlegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 418
Henrik Dahl

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. betont, dass die derzeitigen EU-Schwellenwerte für die Vergabe öffentlicher Aufträge beibehalten werden müssen, um rechtliche Garantien für den Marktzugang, die grenzüberschreitende Beteiligung und die Transparenz zu wahren; stellt fest, dass eine Anpassung der Schwellenwerte die Gefahr einer weiteren Fragmentierung der nationalen Ansätze und einer Verringerung der Chancen für KMU bergen würde;

Or. en

Änderungsantrag 419
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. hält es für wesentlich, dass die Mitgliedstaaten die Daten zur Vergabe öffentlicher Aufträge systematisch umfassend und strukturiert analysieren, um die zugrunde liegenden Ursachen des rückläufigen Wettbewerbs und der Ineffizienzen bei den Vergabeverfahren zu ermitteln und anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 420
Andreas Schwab, Christian Doleschal

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. fordert die EU auf, sich auf WTO-Ebene für die Einführung eines Mechanismus einzusetzen, mit dem die Inflationsraten bei der Anpassung der im Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) genannten Schwellenwerte berücksichtigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 421
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 12 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12b. stellt fest, dass sechs verschiedene Vergabeverfahren zwar die erforderliche

	Flexibilität bieten, einige von ihnen jedoch aufgrund der Komplexität und der bürokratischen Hürden kaum genutzt werden, wie etwa Innovationspartnerschaften;

Or. en

Änderungsantrag 422
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 423
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 424
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 425
Pablo Arias Echeverría

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, die zunehmende Nutzung von Zweckgesellschaften, Konsortien und privatrechtlichen Einrichtungen als Beschaffungsmechanismen durch öffentliche Verwaltungen zu bewerten, um zu verhindern, dass solche Systeme genutzt werden, um die Anwendung der gemeinsamen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu umgehen;***

Or. es

Änderungsantrag 426
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind; ***betont, dass die Vergabevorschriften für öffentliche Unternehmen besser an die Geschäftspraktiken angepasst werden und ein Höchstmaß an Flexibilität sicherstellen sollten, um unnötige Beschränkungen, Kosteninflation und Verzögerungen in kritischen Bereichen wie Energie und Versorgungswirtschaft zu vermeiden;***

Or. en

Änderungsantrag 427
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***spricht sich dafür aus, klarer*** zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen ***zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind***;	13. ***erkennt an, dass klar*** zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen ***unterschieden werden muss***; ***unterstreicht, dass die Freiheit und Autonomie der staatlichen Behörden stets gewahrt und respektiert werden muss***; ***betont, dass die direkte Erbringung von Dienstleistungen durch öffentliche Behörden oder lokale Gebietskörperschaften, die interne Erbringung von Dienstleistungen und öffentlich-öffentliche Partnerschaften verfügbare Optionen sind und bleiben***

müssen und nicht unter Druck gesetzt werden dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 428
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind;	13. spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind; ***betont, dass öffentliche Unternehmen denselben Grundsätzen für die Vergabe von Aufträgen unterliegen müssen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und Marktverzerrungen zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 429
Maria Grapini

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***spricht sich dafür aus, klarer zwischen öffentlichen Auftraggebern und öffentlichen Unternehmen zu unterscheiden, da öffentliche Unternehmen häufig an wirtschaftlich betriebenen Projekten beteiligt sind***;	13. ***hält es für notwendig, große Begünstigte öffentlicher Aufträge zu verpflichten, ihre Subunternehmer im Einklang mit der Zahlungsverzugsrichtlinie innerhalb von 30 Tagen zu bezahlen***;

Or. ro

Änderungsantrag 430
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. weist mit Besorgnis darauf hin, dass eine beträchtliche Anzahl von Wirtschaftsteilnehmern aufgrund geringfügiger formaler Unregelmäßigkeiten in ihren Angeboten von öffentlichen Vergabeverfahren ausgeschlossen wurde, ohne dass ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, solche Mängel zu beheben, sei es in offenen Verfahren oder Verhandlungsverfahren; betont, dass diese Praxis sowohl den Wirtschaftsteilnehmern, die möglicherweise erhebliche Zeit und Ressourcen in die Vorbereitung ihrer Angebote investiert haben, als auch den öffentlichen Auftraggebern, die gezwungen sein könnten, das wirtschaftlich günstigste Angebot aus rein formalen Gründen auszuschließen, abträglich ist; betont, dass ein solcher starrer Formalismus die Wirksamkeit, Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge untergräbt; fordert daher die Festlegung eines allgemeinen Grundsatzes, der die Bereinigung oder Klärung geringfügiger Unregelmäßigkeiten ermöglicht, sofern dies keine wesentliche Änderung des Angebots mit sich bringt, und besteht darauf, dass dieser Grundsatz eher die Regel werden und nicht die Ausnahme sein sollte;

Or. en

Änderungsantrag 431

Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. betont, dass der uneingeschränkte Zugang zum Markt für öffentliche Aufträge und Konzessionen sichergestellt werden muss; fordert die Kommission daher auf, die Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen zu überarbeiten, um die Möglichkeit der Vergabe von Aufträgen oder Konzessionen an In-House-Gesellschaften, die nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinien fallen, einzuschränken; betont, dass es notwendig ist, eine Verpflichtung einzuführen, die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit einer In-House-Vergabe in Bezug auf die Qualität/den Preis der bereitgestellten Waren und Dienstleistungen nachzuweisen; betont, dass für eine ausgewogene Anwendung des Grundsatzes der harmonisierten Kontrollverfahren durch mehr als eine öffentliche Vergabestelle gesorgt werden muss, um Fälle einer „fragmentierten“ Kontrolle von In-House-Gesellschaften und einer „kettenartigen“ In-House-Weitervergabe zu vermeiden, die den Marktzugang einschränken und die Gleichbehandlung privater Unternehmen verzerren;

Or. it

Änderungsantrag 432
Adnan Dibrani, Christel Schaldemose, Johan Danielsson, Maria Guzenina

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

13a. betont, dass die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge flexibler gestaltet werden müssen, insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, dass wesentliche Änderungen während der Ausschreibungsphase möglich sein sollten, ohne dass eine vollständige Annullierung erforderlich ist; weist darauf hin, dass selbst geringfügige Fehler in den Ausschreibungsunterlagen, die sich nicht auf den Kern des Auftrags auswirken oder den fairen Wettbewerb beeinträchtigen, die öffentlichen Auftraggeber derzeit dazu zwingen können, Angebote aufgrund drohender Rechtsstreitigkeiten zurückzuziehen, was zu vermeidbaren Verzögerungen, höheren Kosten und potenziellen Störungen bei der Erbringung von Dienstleistungen führt; betont, dass die Ermöglichung angemessener Anpassungen der Ausschreibungsunterlagen während des Verfahrens die Verfahrenseffizienz verbessern, den Verwaltungsaufwand verringern und eine wirksamere Nutzung öffentlicher Mittel unterstützen würde;

Or. en

Änderungsantrag 433
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert, dass klargestellt wird, dass im „Gegenstand“ eines öffentlichen Auftrags die Achtung der Arbeitnehmerrechte, des Rechts auf Tarifverhandlungen und faire Arbeitsbedingungen stets als einschlägige Anforderung angesehen werden können; fordert, dass ein wesentliches obligatorisches Zuschlagskriterium im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen

enthalten sein muss, einschließlich der Gewährung eines Vorteils für Bieter, für deren Arbeitnehmer (und Arbeitnehmer von Unterauftragnehmern) ein Tarifvertrag gilt; fordert, dass Wirtschaftsteilnehmer, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verletzt haben, von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden;

Or. en

Änderungsantrag 434
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. unterstützt die systematische Annahme qualitativer Kriterien in Ausschreibungsverfahren, beispielsweise des wirtschaftlich günstigsten Angebots, um eine Verschlechterung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zu vermeiden und den öffentlichen Vergabestellen mehr Rechtssicherheit zu bieten; betont, dass es notwendig ist, die Verpflichtung einzuführen, die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit interner Vergaben in Bezug auf Qualität und Preis nachzuweisen, um eine effiziente Nutzung öffentlicher Mittel zu gewährleisten und Marktverzerrungen zu verhindern;

Or. it

Änderungsantrag 435
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Dirk Gotink, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fordert die Kommission auf, in Erwägung zu ziehen, die Zusammenarbeit zwischen Behörden zum Zwecke einer effizienten Aufgabenerfüllung (öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit) ohne weitere restriktive Bedingungen vom Anwendungsbereich der Vergaberichtlinien auszunehmen; ist der Ansicht, dass die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit erheblich dazu beitragen wird, dass die Transformationsprozesse, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung und Klimawandel, die in den kommenden Jahren in ganz Europa stattfinden werden, erfolgreich bewältigt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 436
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. spricht sich für mehr Flexibilität bei der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit aus, damit die Behörden effizienter zusammenarbeiten können, um die Erbringung von Dienstleistungen zu verbessern und Kosteneinsparungen zu erzielen; fordert, dass das Konzept der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit der derzeitigen Richtlinie in der Form überarbeitet wird, dass Verträge oder Vereinbarungen, die zwischen zwei oder mehr öffentlichen Auftraggebern geschlossen werden, als Zusammenarbeit im Sinne der überarbeiteten Richtlinie anerkannt werden, wobei eine breitere Ausnahme für die öffentlich-öffentliche

Zusammenarbeit gelten sollte;

Or. en

Änderungsantrag 437
Pierfrancesco Maran, Brando Benifei, Cecilia Strada, Raffaele Topo

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. betont, dass öffentliche Auftraggeber das Recht haben sollten, ein Angebot auszuschließen, wenn sie Grund zu der Annahme haben, dass es ungewöhnlich niedrig ist und die geltenden Verpflichtungen gemäß Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe nicht erfüllt; schlägt vor, in solchen Fällen dem betreffenden Bieter die Beweislast aufzuerlegen;

Or. en

Änderungsantrag 438
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. ist der Auffassung, dass jegliche finanzielle Unterstützung der EU für Unternehmen im Bereich der Auftragsvergabe davon abhängig gemacht werden sollte, dass sie die geltenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und/oder Arbeitgeberverpflichtungen einhalten, die sich aus einschlägigen Tarifverträgen ergeben;

Or. en

Änderungsantrag 439
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. fördert einen fairen Wettbewerb zwischen den Bietern, indem sichergestellt wird, dass die Vergabekriterien neue Marktteilnehmer, KMU und innovative Unternehmen nicht unverhältnismäßig benachteiligen, wodurch die Marktvielfalt und wettbewerbsfähige Preise gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 440
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Soziale Dimension der Vergabe öffentlicher Aufträge

Or. en

Änderungsantrag 441
Pierfrancesco Maran, Brando Benifei, Cecilia Strada, Raffaele Topo

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

13b. weist darauf hin, dass lange und komplexe Unterauftragsketten in hohem Maße mit der Zunahme nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit, der Ausbeutung von Arbeitskräften, Lohndumping und der Aushöhlung fairer Arbeitsstandards sowie erhöhten Risiken für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer einhergehen; betont, dass lange und komplexe Unterauftragsketten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Kontrollen der Behörden untergraben und die Rechenschaftspflicht der Hauptauftragnehmer verwässern; fordert daher, dass die Vergabe von Unteraufträgen grundsätzlich auf höchstens zwei Ebenen beschränkt wird, um die Risiken zu verringern; betont, dass eine solche Einschränkung bei Bedarf noch Raum für die Einbeziehung von Fachwissen für spezifische Aufgaben lassen sollte; fordert eine gesamtschuldnerische Haftung in allen Unterauftragsketten und die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Position in der Kette;

Or. en

Änderungsantrag 442
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. betont, dass bei der anstehenden Überarbeitung des öffentlichen Auftragswesens die Möglichkeit, öffentliche Aufträge nur auf der Grundlage des Preises (niedrigster Preis) zu vergeben, abgeschafft werden muss; nimmt jedoch die Ergebnisse der Studie des Parlaments zur Kenntnis, wonach es nicht möglich ist, einen direkten

Zusammenhang zwischen der Verwendung des wirtschaftlich günstigsten Angebots und der Einhaltung der Sozial- und Beschäftigungsvorschriften sowie zwischen der Verwendung des wirtschaftlich günstigsten Angebots und der Einbeziehung sozialer Aspekte in einer Ausschreibung festzustellen; fordert daher, dass die obligatorische Anwendung des Grundsatzes, dass das wirtschaftlich günstigste Angebot angenommen werden muss, immer in Kombination mit verbindlichen sozialen Kriterien und Arbeitsklauseln erfolgt, um gleiche Wettbewerbsbedingungen, einen fairen Wettbewerb und hochwertige Arbeitsplätze sicherzustellen, die sich auf Tarifverhandlungen stützen;

Or. en

Änderungsantrag 443
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. betont, dass die Reform von 2014 ausdrücklich das Recht der Behörden, insbesondere der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, anerkennt, sich unabhängig für die Erbringung und Organisation ihrer Dienstleistungen über eigenen Institutionen, Unternehmen oder öffentlichen Unternehmen zu entscheiden, wobei dieses Recht die Freiheit der Behörden umfasst, selbst zu entscheiden, ob sie ihre Aufgaben selbst wahrnehmen oder an Dritte auslagern, und ersteres auch durch die Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Auftraggebern oder durch den Einsatz von Mitteln des öffentlichen Sektors

(Inhouse-Vergabe) erreicht werden kann, sodass die Auftragsvergabe an Dritte nur eine von mehreren alternativen Methoden zur Erbringung öffentlicher Dienstleistungen darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 444
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. spricht sich für mehr Flexibilität bei der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit aus, damit die Behörden wirksamer zusammenarbeiten können, um die Erbringung von Dienstleistungen zu verbessern und Kosteneinsparungen zu erzielen; fordert eine Überarbeitung des Konzepts der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit der derzeitigen Richtlinie und schlägt vor, dass Verträge oder Vereinbarungen, die zwischen zwei oder mehr öffentlichen Auftraggebern geschlossen werden, als Zusammenarbeit im Sinne der überarbeiteten Richtlinie anerkannt werden, wobei eine vollständige Ausnahme für die öffentlich-öffentliche Zusammenarbeit gelten sollte;

Or. en

Änderungsantrag 445
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. weist darauf hin, dass in der Erklärung von La Hulpe zur Zukunft der europäischen Säule sozialer Rechte eine nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge gefordert wird, einschließlich der Förderung von Tarifverhandlungen;

Or. en

Änderungsantrag 446
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13c. fordert eine Überarbeitung der Vergaberichtlinien, um sicherzustellen, dass die Wirtschaftsteilnehmer verpflichtet sind, die in den geltenden Tarifverträgen festgelegten Bedingungen auf nationaler oder regionaler Ebene einzuhalten, einschließlich allgemeiner oder allgemeingültiger Tarifverträge und sektoraler Tarifverträge; dies muss in der Auftragsbekanntmachung garantiert werden und verbindliche Leistungsbedingungen und Auswahlkriterien enthalten und für alle Wirtschaftsteilnehmer durch die Aufnahme in die Auftragsbekanntmachung sowie verbindliche Leistungsbedingungen und Auswahlkriterien für alle Wirtschaftsteilnehmer und in der gesamten Unterauftragsvergabekette gelten; ist der Ansicht, dass verbindliche Vorschriften für die Anwendung bestehender Tarifverträge positiv dazu beitragen würden, die Komplexität des Vergabeverfahrens zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 447
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Dirk Gotink, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13c. betont, dass es wichtig ist, die Flexibilität bei den Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge zu erhöhen, insbesondere im Hinblick auf die Möglichkeit, notwendige Änderungen während des Ausschreibungsverfahrens vorzunehmen, ohne dass eine Annullierung erforderlich ist; stellt fest, dass geringfügige Fehler in den Ausschreibungsunterlagen, die sich nicht auf den Wesensgehalt des Auftrags oder den betreffenden Bereich auswirken, die öffentlichen Auftraggeber derzeit dazu zwingen, Angebote wegen des Risikos von Rechtsansprüchen zu annullieren, was zu unnötigen Verzögerungen, höheren Kosten und potenziellen Dienstleistungsstörungen führt; betont, dass die Möglichkeit, während des Verfahrens Anpassungen an Ausschreibungsmaterialien vorzunehmen, die Effizienz steigern, den Verwaltungsaufwand verringern und eine bessere Ressourcenverwaltung für Behörden erleichtern würde;

Or. en

Änderungsantrag 448
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13b. verweist auf die Entschließung des Parlaments vom 13. März 2025 zu sozial- und beschäftigungspolitischen Aspekten im Zusammenhang mit Umstrukturierungsprozessen, in der das Parlament die Kommission im Zusammenhang mit der anstehenden Überarbeitung der europäischen Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen angesichts der Tatsache, dass Arbeitsplätze und Arbeitnehmerrechte geschützt werden müssen, nachdrücklich auffordert, „Tarifverhandlungen sowie die Nutzung der Sozialklausel und der Vorzugsbehandlung für Unternehmen, für deren Mitarbeiter Tarifverträge gelten, weiter voranzutreiben“, betont, dass „öffentliche Auftraggeber Wirtschaftsakteure, die in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind, von öffentlichen Ausschreibungen ausschließen müssen“, und in der das Parlament die Auffassung vertritt, dass „die soziale Verantwortung der Unternehmen im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge systematisch gestärkt werden sollte“;

Or. en

Änderungsantrag 449
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 13 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13d. stellt fest, dass die Rechenschaftspflicht durch mehrere Ebenen der Vergabe von Unteraufträgen geschwächt, das Risiko von Verletzungen der Arbeitnehmerrechte erhöht, Druck auf die Arbeitsbedingungen entlang der

Unterauftragskette ausgeübt und eine wirksame Durchsetzung behindert wird; vertritt die Auffassung, dass die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge die Schaffung direkter Arbeitsplätze fördern und von den Unternehmen verlangen sollten, dass sie über angemessenes internes Personal verfügen, um die Projekte durchzuführen, für die sie öffentliche Aufträge erhalten; fordert die Kommission nachdrücklich auf, strengere Vorschriften für die Vergabe von Unteraufträgen zu erlassen, einschließlich Garantien für die Gleichbehandlung von Unterauftragnehmern, die Einführung abschreckender Sanktionen und die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, nationale Schutzmaßnahmen für Arbeitnehmer aufrechtzuerhalten oder einzuführen; fordert die Kommission auf, mit dem Ziel, die Transparenz und Rechenschaftspflicht in der gesamten Lieferkette zu stärken, die Vergabe von Unteraufträgen auf ein oder zwei Ebenen zu beschränken und die Offenlegung von Unterauftragnehmern und den Anteil des Auftrags, der für die Vergabe von Unteraufträgen bestimmt ist, verbindlich vorzuschreiben sowie sicherzustellen, dass die Auftragnehmer die volle Verantwortung für ihre Unterauftragnehmer tragen; fordert ferner die Einführung einer gesamtschuldnerischen Haftung zwischen Wirtschaftsteilnehmern und Unterauftragnehmern bei Verstößen gegen das Arbeitsrecht oder Tarifverträge;

Or. en

Änderungsantrag 450
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13c. betont, dass in dem Bericht von Enrico Letta betont wird, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass das öffentliche Auftragswesen die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördert, die durch faire Löhne und durch Tarifverträge gestützte Bedingungen gekennzeichnet sind, und die Praktiken der Vergabe von Unteraufträgen zu regulieren, um Ausbeutung und Missbrauch zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 451
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13d. fordert, kleinen und mittleren öffentlichen Auftraggebern mehr Flexibilität einzuräumen, ähnlich den Ausnahmen, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zur Verfügung stehen, um den Verwaltungsaufwand zu verringern und für Rechtsklarheit zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 452
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Dirk Gotink, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 13 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13d. fordert, dass alle Spielräume, die im Rahmen des GPA im EU-Vergaberecht vorgesehen sind, zumindest für subzentrale öffentliche Auftraggeber (Verwaltungseinheiten, die von NUTS 3 erfasst sind, und kleinere Verwaltungseinheiten, auf die in der NUTS-Verordnung 1059/2003 Bezug genommen wird, sowie öffentliche Auftraggeber und juristische Personen des Privatrechts im Sinne des GPA) in vollem Umfang genutzt werden, um eine wesentliche Vereinfachung der Vergabeverfahren zu erreichen; hebt hervor, dass das GPA deutlich mehr Flexibilität und gestraffte Verfahrensoptionen bei der Auswahl und Gestaltung von Vergabeverfahren ermöglicht; betont, dass diese Möglichkeiten unverwässert im Sinne einer Sonderregelung in das EU-Recht aufgenommen werden sollten, um unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern und die Vergabe öffentlicher Aufträge effizienter, flexibler und zugänglicher zu machen, damit die lokalen Gebietskörperschaften ihre Aufgaben kosteneffizient erfüllen können und ihre Entscheidungsfreiheit gewahrt wird;

Or. en

Änderungsantrag 453
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 13 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13e. fordert, dass Primärauftragnehmer und Unterauftragnehmer, einschließlich ihrer

Tochterunternehmen, die unlauteren Wettbewerb betreiben, Steuerbetrug begehen oder gegen ihre Verpflichtungen in Bezug auf geltende Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards verstoßen, von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden sollten; fordert die Kommission daher auf, die Unterscheidung zwischen zwingenden Gründen und Ermessensgründen für einen Ausschluss in Artikel 57 der Richtlinie aufzuheben und klarzustellen, welche Gründe den Ausschluss öffentlicher Auftraggeber ermöglichen; fordert die Erstellung einer schwarzen Liste von Wirtschaftsteilnehmern, die von den Märkten für öffentliche Aufträge ausgeschlossen sind, um die Durchsetzung zu erleichtern und zur Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 454
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13d. begrüßt, dass der Schwerpunkt des Deals für eine saubere Industrie auf der Anwendung sozialer Konditionalitäten bei der öffentlichen Finanzierung, insbesondere zur Förderung von Tarifverhandlungen, und auf der Bedeutung von Arbeits- und Sozialstandards liegt;

Or. en

Änderungsantrag 455
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13e. ist der festen Überzeugung, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge ein wichtiger Hebel für die Verwirklichung sozialpolitischer Ziele ist, und unterstützt die Absicht der Kommission, nicht preisbezogene Kriterien durchgängig zu berücksichtigen, um die strategische Vergabe öffentlicher Aufträge in der Union zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 456
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13f. ist der Ansicht, dass eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge (socially responsible public procurement, SRPP) und die soziale Marktwirtschaft ein großes ungenutztes Wachstumspotenzial für europäische Unternehmen bieten, und bringt seine große Besorgnis über Berichte der ELA und der Sozialpartner zum Ausdruck, dass öffentliche Aufträge, die auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises vergeben werden, Anreize für Unternehmen schaffen, die Kosten für Löhne, Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz- und

Sicherheitsmaßnahmen zu senken, um das niedrigste Angebot unterbreiten zu können; ist der Ansicht, dass dieser Effekt den mit der Überarbeitung von 2014 verfolgten Zielen zuwiderläuft und angegangen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 457
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13g. ist der Ansicht, dass die vorherrschende Praxis, öffentliche Aufträge allein auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises zu vergeben, zu ungewöhnlich niedrigen Angeboten führt und zu Sozialdumping und unlauterem Wettbewerb beiträgt, wodurch Unternehmen, die menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Tarifverträge einhalten, benachteiligt werden; ist der festen Überzeugung, dass der EU-Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge einen fairen Wettbewerb fördern und ihn nicht beeinträchtigen sollte; ist der Ansicht, dass öffentliche Auftraggeber ein Angebot ausschließen sollten, wenn sie Grund zu der Annahme haben, dass es ungewöhnlich niedrig ist und nicht den geltenden Verpflichtungen nach Unionsrecht oder nationalem Recht entspricht; schlägt vor, in solchen Fällen dem betreffenden Bieter die Beweislast aufzuerlegen;

Or. en

Änderungsantrag 458
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13h. fordert die Beendigung der Vergabe öffentlicher Aufträge ausschließlich auf der Grundlage des Kriteriums des niedrigsten Preises, da dies unlauteren Wettbewerb fördert und zu Lasten von Qualität, Nachhaltigkeit und Sozialstandards geht; weist darauf hin, dass diese Praxis insbesondere in arbeitsintensiven Sektoren problematisch ist, in denen die Personalkosten einen großen Teil der gesamten Betriebskosten ausmachen; hält die Stärkung des Grundsatzes des wirtschaftlich günstigsten Angebots für einen wichtigen Schritt, um die Einbeziehung von Qualitätsstandards sicherzustellen; betont jedoch, dass die Weiterentwicklung des Grundsatzes des wirtschaftlich günstigsten Angebots zum Grundsatz des günstigsten Angebots notwendig ist, um sicherzustellen, dass – unabhängig von rein wirtschaftlichen Kriterien – auch soziale und ökologische Kriterien Berücksichtigung finden können; betont, dass im Falle einer späteren Ausschreibung mit einem Wechsel des Wirtschaftsteilnehmers die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern am gleichen Arbeitsplatz und mit denselben oder verbesserten Arbeitsbedingungen sichergestellt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 459
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina,

Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13i. weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Anwendung der horizontalen Sozialklausel obligatorisch ist, und begrüßt die Klarstellung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH), dass die sozialen und ökologischen Verpflichtungen in der horizontalen Sozialklausel „einen essenziellen Wert darstellt, für dessen Beachtung die Mitgliedstaaten zu sorgen haben“;

Or. en

Änderungsantrag 460
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13j. ist besorgt über die Studie des Parlaments, in der festgestellt wurde, dass die Umsetzung der horizontalen Sozialklausel der Richtlinie 2014/24/EU am problematischsten war und in einigen Mitgliedstaaten nicht im Einklang mit der Richtlinie umgesetzt wurde;

Or. en

Änderungsantrag 461
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13k. fordert die Kommission daher im Zusammenhang mit der anstehenden Überarbeitung auf, die horizontale Sozialklausel in Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe zu stärken, einschließlich der Anwendung von Tarifverträgen, und die horizontale Sozialklausel auf derselben Ebene eindeutig mit den anderen Grundsätzen der Richtlinie in Bezug auf Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung, Transparenz, Verhältnismäßigkeit und das Verbot von Konzepten zur Vergabe öffentlicher Aufträge, die mit der Absicht entstehen, sie vom Anwendungsbereich auszuschließen oder den Wettbewerb künstlich einzuschränken, zu verknüpfen;

Or. en

Änderungsantrag 462
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13l. betont, dass soziale Konditionalitäten nicht als diskriminierende Maßnahme betrachtet werden sollten; fordert eine rechtliche Klarstellung, dass die Förderung von Tarifverhandlungen und hochwertigen Arbeitsplätzen sowie anderer sozialer Kriterien immer als relevante Erfordernis in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand betrachtet werden

kann; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass kein Produkt bzw. keine Dienstleistung ohne die Beteiligung von Arbeitnehmern hergestellt bzw. erbracht werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 463
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 m (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13m. fordert ferner, dass Wirtschaftsteilnehmer, die gute Arbeitsbedingungen bieten und mit Gewerkschaften geschlossene Tarifverträge anwenden, nicht untergraben werden; ist der Ansicht, dass die Sicherstellung der uneingeschränkten Einhaltung der im ILO-Übereinkommen C94 über die Arbeitsklauseln (Öffentliche Verträge) festgelegten Bedingungen erheblich zur Erreichung dieser Ziele beitragen wird;

Or. en

Änderungsantrag 464
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 n (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13n. fordert die Kommission auf, die horizontale Sozialklausel an die

zwingenden Gründe für einen Ausschluss anzupassen, aus denen ein Wirtschaftsteilnehmer von einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann; fordert die Einführung eines europäischen Registers von Unternehmen, die von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind, und fordert die Kommission auf, das Verfahren zu vereinfachen, nach dem öffentliche Auftraggeber feststellen können, dass die Tatsache, dass ein Angebot ungewöhnlich niedrig ist, darauf zurückzuführen ist, dass es nicht den geltenden Verpflichtungen gemäß der horizontalen Sozialklausel entspricht;

Or. en

Änderungsantrag 465
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 o (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13o. fordert die Einführung verbindlicher Arbeitsklauseln in öffentlichen Aufträgen, wie z. B. die Anwendung der Bedingungen geltender Tarifverträge zu verbindlichen Zuschlagskriterien zu machen, indem sie in die Auftragsbekanntmachung aufgenommen und verbindliche Leistungsbedingungen und Auswahlkriterien festgelegt werden, und Unternehmen, für deren Arbeitnehmer Tarifverträge gelten, zu bevorzugen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten und einen fairen Wettbewerb und faire Arbeitsbedingungen im Einklang mit dem geltenden Tarifvertrag, der von den repräsentativsten Sozialpartnern der

Branche geschlossen wurde, oder im Einklang mit einem Schiedsspruch oder nationalen Gesetzen und Vorschriften zu fördern; fordert nationale Ziele, um die tarifvertragliche Abdeckung bei öffentlichen Aufträgen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Situation in den Mitgliedstaaten zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 466
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 p (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13p. betont, dass die Geschlechterperspektive bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gestärkt werden muss, um die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 467
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 q (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13q. weist darauf hin, dass lange und komplexe Unterauftragsketten in hohem Maße mit der Zunahme nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit, der Ausbeutung von Arbeitskräften,

Lohndumping, der Aushöhlung fairer Arbeitsstandards und erhöhten Risiken für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer einhergehen, die Kontrolle der öffentlichen Auftraggeber verringern und die Rechenschaftspflicht der Hauptauftragnehmer verwässern; fordert die Kommission auf, die Komplexität der Unterauftragskette zu begrenzen, um Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb auf der Grundlage von Praktiken der Vergabe komplexer Unteraufträge, mit denen geltende Arbeitsnormen umgangen werden, zu schützen, und um die Transparenz in Bezug auf die Erfüllung nicht preisbezogener Kriterien zu verbessern; betont, dass eine solche Einschränkung bei Bedarf noch Raum für die Einbeziehung von Fachwissen für spezifische Aufgaben lassen sollte; betont, dass eine gesamtschuldnerische Haftung in allen Unterauftragsketten eingeführt und die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer unabhängig von ihrer Position in der Kette sichergestellt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 468
Pierre Jouvet, Gabriele Bischoff, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 r (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13r. fordert die Kommission angesichts des Missbrauchs in Unterauftragsketten und der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge direkte Arbeitsplätze fördern und eine strengere Regulierung der Vergabe von Unteraufträgen

umfassen, unter anderem durch die Gewährleistung der Gleichbehandlung, die Einführung einer gesamtschuldnerischen Haftung, abschreckende Sanktionen und die Begrenzung der Komplexität der Unterauftragskette auf höchstens eine oder zwei Unterstufen; spricht sich dafür aus, dass die Unternehmen über ausreichend eigenes Personal für die Durchführung des Projekts verfügen sollten, um öffentliche Aufträge zu erhalten, und ihre Unterauftragnehmer offenlegen und für sie verantwortlich sein sollten; fordert, dass die Mitgliedstaaten nicht daran gehindert werden sollten, auf nationaler Ebene strengere Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer beizubehalten oder einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 469
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Johan Danielsson, Maria Guzenina, Brando Benifei, Gabriele Bischoff, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 s (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13s. spricht sich dafür aus, dass die Überarbeitung der EU-Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen Tarifverhandlungen und hochwertige Arbeitsplätze fördern muss; spricht sich ferner dafür aus, dass die Verpflichtung zur Anwendung der Bedingungen in den geltenden Tarifverträgen auf nationaler und regionaler Ebene, einschließlich allgemeiner oder allgemeingültiger Tarifverträge und sektoraler Tarifverträge, in die Auftragsbekanntmachung aufgenommen werden muss und verbindliche

Leistungsbedingungen und Auswahlkriterien für alle Wirtschaftsteilnehmer festgelegt werden müssen; fordert, dass in Bezug auf die Frage des „Gegenstands“ eines öffentlichen Auftrags klargestellt werden sollte, dass die Gewährleistung der Achtung des Rechts auf Tarifverhandlungen und fairer Arbeitsbedingungen immer als einschlägige Anforderung angesehen werden kann; fordert, dass ein wesentliches obligatorisches Zuschlagskriterium im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen enthalten sein muss, einschließlich der Gewährung eines Vorteils für Bieter, für deren Arbeitnehmer (und Arbeitnehmer von Unterauftragnehmern) ein Tarifvertrag gilt; fordert, dass Wirtschaftsteilnehmer, die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte verletzt haben, von Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden;

Or. en

Änderungsantrag 470
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Unterstützung des ökologischen Wandels

Or. en

Änderungsantrag 471
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 t (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13t. bedauert die Inkohärenz des derzeitigen Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge in Bezug auf die Umweltziele der Union, da er keine Bestimmungen zur wirksamen Förderung der Nachhaltigkeit enthält;

Or. en

Änderungsantrag 472
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 u (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13u. betont, dass die Mitgliedstaaten[1e] von Schwierigkeiten bei der Förderung umweltgerechter Vergabeverfahren berichtet haben, da die öffentlichen Auftraggeber rechtlich nicht verpflichtet sind, bei Ausschreibungsverfahren Umweltkriterien anzuwenden, und dass es an Rechtssicherheit bei der Auslegung der Anforderung des „Zusammenhangs mit dem Auftragsgegenstand“ mangelt; bedauert, dass die in der geltenden Richtlinie vorgesehene Flexibilität und die mangelnde Rechtsklarheit die Akzeptanz einer umweltgerechten Vergabe öffentlicher Aufträge untergraben haben;

[1e] Bericht der Kommission 2021 über die Umsetzung und bewährte Verfahren in der nationalen Beschaffungspolitik im Binnenmarkt https://eur-

lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=COM:2021:245:FIN&rid=3

Or. en

Änderungsantrag 473
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 v (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13v. stellt fest, dass die derzeitige Richtlinie die Mitgliedstaaten auch dazu veranlasst hat, die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge in unterschiedlichem Maße umzusetzen, wobei ein Drittel der Mitgliedstaaten eine rechtliche Verpflichtung zur umweltgerechten Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt hat, während sich der Rest für die freiwillige Einbeziehung der umweltgerechten Vergabe öffentlicher Aufträge entschieden hat, was zur Fragmentierung des Binnenmarkts und zur Schaffung zusätzlicher Hindernisse für den grenzüberschreitenden Wettbewerb im Bereich der öffentlichen Vergabe öffentlicher Aufträge beigetragen hat;

Or. en

Änderungsantrag 474
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 w (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13w. betont, dass grüne Leitmärkte für die Vergabe öffentlicher Aufträge ein erhebliches Potenzial mit langfristigen Vorteilen hochwertiger und emissionsarmer Lösungen bieten und dazu beitragen, das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 zu erreichen (Richtlinie 2001/1119); stellt fest, dass grüne Leitmärkte zunächst nicht zu Kostensenkungen führen und daher durch angebotsseitige Unterstützung ergänzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 475
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 x (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13x. erkennt an, dass verbindliche Nachhaltigkeitskriterien in die Richtlinien aufgenommen werden sollten, um das Potenzial der nachhaltigen Vergabe öffentlicher Aufträge voll auszuschöpfen, und unterstützt daher die strategische Bevorzugung verbindlicher Umweltkriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge; besteht darauf, dass Nachhaltigkeitskriterien mit der Einführung von sich weiterentwickelnden Zielen verbindlich vorgeschrieben werden, damit sie – insbesondere in ressourcenintensiven Sektoren wie Bauwesen, Verkehr, kritische Materialien, Textilwaren oder Energie – in den Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge ordnungsgemäß umgesetzt werden; ist der Ansicht, dass bei der künftigen Überarbeitung der

Richtlinien gemeinsame spezifische Kriterien (z. B. Gesamtmenge der CO_2-Emissionen, CO_2-Fußabdruck des Angebots, Preis pro Tonne CO_2 im Endpreis der Angebote, negative externe Effekte, Anteil an wiederverwendeten Produkten) oder die Einbeziehung der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR) festgelegt werden sollten, die an die große Vielfalt der zu erwerbenden Erzeugnisse, Dienstleistungen und Bauleistungen angepasst sind, und gemeinsame Kriterien festgelegt werden sollten, um nicht nur für Klarheit zu sorgen, sondern auch einen harmonisierten Ansatz in der gesamten Union zu fördern, um die wachsende Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten, die insbesondere für KMU ein Hindernis darstellt, anzugehen; betont, dass die öffentlichen Auftraggeber öffentliche Beschaffungen nicht auf neue Waren beschränken, sondern auch der Abfallhierarchie der EU folgen müssen, und ist der Ansicht, dass die Verwendung wiederverwendeter, aufbereiteter und reparierter Gegenstände zu den Zuschlagskriterien zählen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 476
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 y (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13y. besteht darauf, dass die Überarbeitung der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge darauf abzielen sollte, öffentliche Auftraggeber bei der Festlegung ihrer Umweltkriterien unter Berücksichtigung des großen

Umfangs von Produkten und Dienstleistungen, die von öffentlichen Auftraggebern möglicherweise erworben werden, und der entsprechenden geltenden Umweltanforderungen angemessen zu unterstützen; schlägt die Einrichtung eines Helpdesks auf Unionsebene und nationaler Ebene vor, um die öffentlichen Auftraggeber bei der Vorbereitung des Vergabeverfahrens und insbesondere bei der Festlegung einschlägiger Umweltkriterien zu unterstützen; fordert die Kommission auf, bestehende Beispiele auf nationaler Ebene zu bewerten, um geeignete Instrumente auf EU-Ebene vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 477
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 z (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13z. schlägt vor, dass die künftige Überarbeitung der Richtlinien auch die öffentlichen Auftraggeber unterstützen sollte, indem sie Instrumente wie Metriken und Leitfäden bereitstellt, um die Bewertung der Vor- und Nachteile des Lebenszyklus von Produkten/Dienstleistungen zu erleichtern, wobei nicht nur der Preis berücksichtigt werden sollte und die langfristige Berücksichtigung optimaler Lösungen ermöglicht und der Vergleich zwischen Angeboten erleichtert werden sollte; regt die Verwendung geprüfter Umweltzeichen an, um die Teilnahme zu erleichtern, betont jedoch, dass eine Überprüfung durch Dritte erforderlich

ist;

Or. en

Änderungsantrag 478
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 aa (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13aa. betont, dass die Überprüfungs-, Transparenz- und Rechenschaftsmechanismen gestärkt werden müssen, um sicherzustellen, dass die Anbieter die Treibhausgasemissionen wirklich reduzieren und dies nicht bloß behaupten;

Or. en

Änderungsantrag 479
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ab (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ab. spricht sich für die Einrichtung eines EU-weiten Anreizsystems aus, bei dem bei der Bewertung des Angebots „Bonuspunkte“ vergeben werden und spezifische Umweltmaßnahmen wie die Verringerung des Wasserverbrauchs, die Verbesserung der Energieeffizienz oder die Verwendung recycelter Materialien sowie der Einsatz sauberer Technologien oder CO_2-armer Produkte und Materialien eine höhere Punktzahl oder

zusätzliche Unterstützung erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 480
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 3 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Unterstützung der Widerstandsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarkts

Or. en

Änderungsantrag 481
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ac (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ac. erkennt an, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge strategische Wirtschaftszweige unterstützen kann, die für die Sicherheit der Industrieproduktion und die wirtschaftliche Stabilität von wesentlicher Bedeutung sind; besteht darauf, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur auf dem Wettbewerb beruhen sollte, sondern auch Kriterien in Bezug auf die technologische, ökologische und soziale Qualität des Angebots sowie seine Auswirkungen auf das lokale Wirtschaftsgefüge umfassen sollte, wobei die lokalen, sozialen und ökologischen Aspekte der lokalen Unternehmen nicht

außer Acht gelassen werden sollten, sondern vielmehr ein wesentlicher Beitrag zur Entwicklung des lokalen Wirtschaftsgefüges geleistet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 482
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ad (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ad. schlägt im Einklang mit dem Deal für eine saubere Industrie vor, dass die Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit den Zielen des Deals in Einklang gebracht werden sollte und die öffentlichen Auftraggeber verpflichtet werden sollten, mehr mit gezielten Mandaten und nicht preisbezogenen Kriterien für Resilienz, Soziales und Nachhaltigkeit zu arbeiten, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Ausgaben Innovation, Nachhaltigkeit, Wohlstand und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördern;

Or. en

Änderungsantrag 483
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 3 ae (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ae. stellt fest, dass einige neu

entstehende Technologien in den frühen Phasen ihrer Einführung möglicherweise Unterstützung benötigen, insbesondere um gegen unlauteren internationalen Wettbewerb vorzugehen; betont, dass in einigen Fällen ein öffentliches Eingreifen erforderlich ist, um Marktversagen zu beheben; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge auch die Schaffung neuer Leitmärkte fördern kann, indem sie Produkten mit hoher Leistung Vorrang einräumt, die Versorgungssicherheit und die Sicherheit der Lieferkette stärkt und KMU gleiche Wettbewerbsbedingungen bietet; ist der Ansicht, dass die strategische Vergabe öffentlicher Aufträge erheblich zur industriellen Widerstandsfähigkeit und technologischen Führungsrolle Europas beitragen kann;

Or. en

Änderungsantrag 484
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 af (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13af. stellt fest, dass es darüber hinaus in der derzeitigen angespannten geopolitischen Landschaft und der vor dem Hintergrund der vergangenen Gesundheitskrise von größter Bedeutung ist, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge ein Ziel der Versorgungssicherheit für kritische Produkte wie beispielsweise Arzneimittel umfasst; ist daher der Ansicht, dass bei der Überarbeitung der Richtlinien ein Mindestprozentsatz der Produktion oder der inländischen Wertschöpfung auf europäischer Ebene

für bestimmte Erzeugnisse oder in bestimmten Sektoren gefördert werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 485
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ag (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ag. stellt fest, dass der internationale Wettbewerb zahlreiche Industriesektoren in Europa durch Überkapazitäten und Dumpingpreise unter Druck setzt, und erwartet daher, dass neben der Förderung sozialer und grüner Leitmärkte auch Kriterien für die inländische Wertschöpfung in öffentlichen Ausschreibungen verankert werden, um die strategische Unabhängigkeit Europas in Schlüsselsektoren zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 486
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ah (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ah. stellt fest, dass angesichts der Tatsache, dass Konflikte nun hybride Formen annehmen, die Vergabe öffentlicher Aufträge auch ein Instrument zur Unterstützung der europäischen

Autonomie in bestimmten und strategischen Bereichen bietet; fordert die Kommission auf, ein Kriterium der europäischen Präferenz für Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge im Technologiesektor einzuführen, um strategische Abhängigkeiten bei kritischen Technologien wie Cloud Computing und KI zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Sicherheit des Innovationsökosystems der Union zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 487
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 13 ai (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13ai. fordert die Einführung einer europäischen Präferenzklausel bei öffentlichen Aufträgen, die angesichts des in manchen Fällen unzureichenden oder unerschwinglichen europäischen Angebots auf bestimmten Märkten als Möglichkeit und nicht als Verpflichtung in die Verträge aufgenommen werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 488
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können; ***betont darüber hinaus, wie wichtig es ist, die Interoperabilität zwischen öffentlichen Datenbanken zu fördern, um die Überprüfung des Wahrheitsgehalts der Erfordernisse durch die Betreiber zu beschleunigen und zu vermeiden, dass Informationen angefordert werden, die bereits in mehreren öffentlichen Datenbanken vorhanden sind; gleichzeitig ist es notwendig, den Zugang zu Ausschreibungsunterlagen sicherzustellen, um die Wirksamkeit des Auftragswesens besser zu analysieren und die Interoperabilität zwischen den verschiedenen Systemen zu verbessern;***
	Or. it

Änderungsantrag 489
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu

senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können; ***betont ferner die Notwendigkeit, die Interoperabilität zwischen öffentlichen Datenbanken zu fördern, um die Überprüfung des Wahrheitsgehalts der Erfordernisse durch die Betreiber zu beschleunigen und nicht dieselben Informationen anzufordern, die bereits in den verschiedenen öffentlichen Datenbanken vorhanden sind; gleichzeitig sollte der Zugang zu Ausschreibungsunterlagen sichergestellt werden, um die Wirksamkeit des Auftragswesens besser zu bewerten und die Interaktion zwischen den verschiedenen Systemen zu optimieren;***
	Or. it

Änderungsantrag 490
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog

ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können; ***betont, wie wichtig es ist, über interoperable öffentliche Datenbanken zu verfügen, um das Verfahren für die Einreichung von Unterlagen für die Teilnahme an Ausschreibungen zu vereinfachen und die Kontrolle der Einhaltung der Anforderungen zu beschleunigen; erachtet es ferner als wichtig, dass Ausschreibungsunterlagen leicht zugänglich sind, um für mehr Transparenz zu sorgen;***
	Or. en

Änderungsantrag 491
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission ***und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen*** Vergaberecht die Digitalisierung ***vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können***;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission ***zur Erreichung dieser Ziele ein Gleichgewicht zwischen dem Zweck der durch die europäischen Rechtsvorschriften eingeführten Instrumente zur Digitalisierung der Vergabe öffentlicher Aufträge – insbesondere elektronische Formulare (eForms) – und den angestrebten Zielen, nämlich der Förderung des Wettbewerbs und des Zugangs der Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen, herstellen sollte;***

betont, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten dafür sorgen müssen, dass das künftige Vergaberecht die Digitalisierung ***erleichtert, ohne unnötigen Verwaltungsaufwand für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer zu schaffen***;

Or. en

Änderungsantrag 492
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können; ***betont, wie wichtig es ist, dass Plattformen für die Vergabe öffentlicher Aufträge von aktualisierten, klaren und spezifischen Leitfäden und Anweisungen begleitet werden, um sicherzustellen, dass alle Nutzer unabhängig von ihrer Erfahrung die Plattformen effektiv navigieren und nutzen können;***

Or. en

Änderungsantrag 493
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ***ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren***; ***weist jedoch darauf hin, dass*** die Kommission und die Mitgliedstaaten **–** ***anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen*** Vergaberecht ***die*** Digitalisierung ***vorangebracht werden sollte***, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ***eine Triebkraft für die Effizienz der öffentlichen Ausgaben sein sollte, indem sie eine Vereinfachung der Verwaltung ermöglicht und politische Maßnahmen unterstützt, die für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Union entscheidend sind, wie z. B. der grüne Deal und der gerechte Übergang***; ***betont, dass*** die Kommission und die Mitgliedstaaten ***prüfen müssen, wie das*** Vergaberecht ***eine zielgerichtete*** Digitalisierung ***erleichtern kann, die auf die Erzielung von Energie- und Prozesseffizienz abzielt, anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen***, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 494
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter ***sowie den Verwaltungsaufwand*** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu

darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten ***– anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken*** müssen, ***wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte***, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten ***das künftige Vergaberecht aus einer „digital-first"-Perspektive neu überdenken*** müssen, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können***, wobei der Schwerpunkt auf der Erleichterung des digitalen Wandels liegen sollte und nicht darauf, lediglich bestehende analoge Prozesse zu digitalisieren***;

Or. en

Änderungsantrag 495
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter***, insbesondere für Kleinstunternehmen und KMU,*** bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht ***und gesichert*** werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 496

Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch ***langwierig sind und*** analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 497
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass ***die Kommission und*** die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken	14. vertritt die feste Überzeugung, dass die Digitalisierung ein zentrales Element bleiben sollte, wenn es gilt, die Kosten der öffentlichen Auftraggeber und der Bieter bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu senken und die Vergabe öffentlicher Aufträge zu optimieren; weist jedoch darauf hin, dass die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit

müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;

dem künftigen Vergaberecht die Digitalisierung vorangebracht werden sollte, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 498
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. weist auf das erhebliche Potenzial effizienter digitaler Plattformen auf Unionsebene und nationaler Ebene im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge hin; fordert die Kommission auf, Optionen zur Verbesserung der Nutzung der Website „Tenders Electronic Daily“ (TED) zu prüfen, einschließlich eines stärker nutzerzentrierten Ansatzes für die Navigation auf der Plattform und einer besseren Erleichterung der Veröffentlichung von Bekanntmachungen öffentlicher Ausschreibungen; ist der Ansicht, dass eine bessere Qualität der Informationen und die Interoperabilität mit nationalen Plattformen die Sichtbarkeit und Nutzung von TED erhöhen und KMU bessere Möglichkeiten zur Überprüfung von Möglichkeiten auf internationalen öffentlichen Märkten bieten würden; weist erneut darauf hin, wie wichtig neue Kommunikationsmaßnahmen sind, um den Zugang von KMU zu öffentlichen Aufträgen zu verbessern; betont, dass Unternehmen mit geringer digitaler Kompetenz geschult und in die Lage versetzt werden sollten, Online-

Plattformen für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 499
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. weist auf die erfolgreiche Einführung des europäischen Datenraums für das öffentliche Auftragswesen als Mittel zur Abstimmung von Vergabeverfahren unterhalb und oberhalb der Schwellenwerte sowie als wesentliches Instrument zur Förderung grenzüberschreitender Aufsichtsmechanismen zur Verhinderung eines möglichen Missbrauchs von Mitteln, Betrug und Korruption hin; empfiehlt, seine Umsetzung fortzusetzen, um die Transparenz, den allgemeinen Zugang zu Ausschreibungen, auch von Kleinstunternehmen und KMU, und einen besseren Wettbewerb zu erleichtern, aber auch eine Vereinfachung und Rationalisierung der Verfahren für Auftraggeber und Bieter zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 500
Henrik Dahl

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

14a. betont, dass die Bemühungen um den digitalen Wandel verhindern sollten, dass funktionierende private Lösungen für die Überwachung der Auftragsvergabe oder die Angebotsverwaltung verdrängt werden; stattdessen sollte eine Harmonisierung durch die Festlegung von Anforderungen an Interoperabilität und Transparenz erreicht werden;

Or. en

Änderungsantrag 501
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Harmonisierung der elektronischen Identifizierungs- und Authentifizierungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten, um ein sicheres, effizientes und zuverlässiges digitales öffentliches Auftragswesen in der gesamten Europäischen Union sicherzustellen;

Or. it

Änderungsantrag 502
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Harmonisierung der Verfahren zur elektronischen Identifizierung und Authentifizierung in allen Mitgliedstaaten, um ein sicheres, effizientes und zuverlässiges digitales

Auftragswesen in der gesamten EU sicherzustellen;

Or. it

Änderungsantrag 503
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Harmonisierung der elektronischen Identifizierungs- und Authentifizierungsverfahren in den Mitgliedstaaten, um eine sichere, effiziente und vertrauenswürdige digitale Vergabe öffentlicher Aufträge in der gesamten EU sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 504
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission auf, bei der Überarbeitung des Rechtsrahmens der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge einen „digital-first“-Ansatz zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 505
Stefano Cavedagna, Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. betont jedoch, dass die Kommission und die Mitgliedstaaten – anstatt lediglich Prozesse zu digitalisieren, die derzeit noch analog ablaufen – völlig neu darüber nachdenken müssen, wie mit dem künftigen Vergaberecht die Verwendung von Modellen algorithmischer Verwaltung implementiert werden soll, um die Digitalisierung voranzubringen, damit sämtliche Möglichkeiten digitaler Instrumente genutzt werden können. Insbesondere sollte der Einsatz digitaler Technologien nicht nur für die Erstellung, Speicherung und Übermittlung von Verwaltungsakten und -dokumenten (sogenannte Dokumente in elektronischer Form), sondern auch für die Festlegung ihres Entscheidungsinhalts (sogenannte elektronisch verarbeitete Dokumente) vorgesehen werden, unbeschadet des Grundsatzes der Nachvollziehbarkeit und Transparenz des Algorithmus, des Grundsatzes der Nichtausschließlichkeit der algorithmischen Entscheidung und des Grundsatzes der algorithmischen Nichtdiskriminierung;

Or. it

Änderungsantrag 506
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. begrüßt die Initiative der Kommission für einen europäischen Datenraum für das öffentliche

Auftragswesen; ist der Ansicht, dass diese Initiative das Potenzial hat, die Transparenz zu verbessern, Beschaffungsmöglichkeiten für KMU zu schaffen und sicherzustellen, dass öffentliche Ausgaben durch die Kombination europäischer und nationaler Beschaffungsdatensätze einen besseren Wert erzielen; ist der Ansicht, dass fortschrittliche digitale Instrumente eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Effizienz der Vergabe öffentlicher Aufträge spielen; fordert Anstrengungen, um die Nutzung der verfügbaren Daten über den Binnenmarktanzeiger zu verbessern; ist der Ansicht, dass die Digitalisierung der Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge dazu beitragen kann, eine nachhaltigere Beschaffung zu fördern, Ineffizienzen zu beseitigen, vertragliche Prozesse zu standardisieren und sicherzustellen, dass Daten über die Emissionen von Anbietern nachverfolgt und gemeldet werden;

Or. en

Änderungsantrag 507
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 14 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14c. fordert die Kommission auf, Optionen für die Einführung eines digitalen Passes für die Vergabe öffentlicher Aufträge unter besonderer Berücksichtigung von KMU als Instrument zur Förderung der Beteiligung von KMU an der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, indem zentrale Ziele wie die Verringerung des Verwaltungsaufwands und die Förderung

der grenzüberschreitenden Vergabeverfahren berücksichtigt werden; ist der Ansicht, dass ein solches Instrument eine einmalige Bewertung der Einhaltung der Vorschriften durch einen Wirtschaftsteilnehmer ermöglichen sollte, auf die verschiedene öffentliche Auftraggeber anschließend über mehrere Vergabeverfahren hinweg zugreifen dürfen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 508
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 14 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14d. fordert die Kommission auf, die Durchsetzung einheitlicher Cybersicherheitsstandards im Einklang mit der Cyberresilienz-Verordnung und gegebenenfalls der NIS-2-Richtlinie in allen einschlägigen EU-Rechtsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge sicherzustellen; betont, dass diese Standards konsequent angewandt werden sollten, um die Widerstandsfähigkeit der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge gegenüber Cyberbedrohungen zu erhöhen und den Schutz kritischer Infrastrukturen und Dienste in der gesamten EU sicherzustellen; fordert die Kommission auf, ein Instrumentarium für strategische Technologien nach dem Vorbild des Instrumentariums für die 5G-Cybersicherheit zu entwickeln, um einen koordinierten EU-weiten Ansatz für die Politik der öffentlichen Aufträge im Zusammenhang mit kritischen und neu entstehenden Technologien,

einschließlich künstlicher Intelligenz, Halbleitern, Quanteninformatik und Cloud-Infrastruktur, bereitzustellen; betont, dass mit diesem Instrumentarium gemeinsame Sicherheitskriterien und Risikobewertungen festgelegt werden sollten, um Anbieter mit hohem Risiko von öffentlichen Aufträgen auszuschließen und so die technologische Autonomie und Cybersicherheit der EU zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 509
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 14 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14 d. betont, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge für digitale Technologien, bei denen die Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielen können, auf der Angleichung strenger Sicherheitskriterien auf der Grundlage europäischer Normen und Zertifizierungssysteme beruhen sollte; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die EU-Datenschutzvorschriften in allen Phasen des Vergabeverfahrens eingehalten werden, wobei personenbezogene und sensible Daten zu schützen sind;

Or. en

Änderungsantrag 510
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 511
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt***, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der*** Menge der elektronischen Formulare ***und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen***;	15. ***weist darauf hin, dass aufgrund ihrer zunehmenden Komplexität die Anwendung europäischer Normen für öffentliche Auftraggeber und Auftraggeber sowie für Wirtschaftsteilnehmer erschwert wird;*** empfiehlt ***daher, diese Rahmen zu straffen und zu rationalisieren, indem die*** Menge der elektronischen Formulare ***verringert wird, die Last der Erfassung von Berichtsdaten auf die geeignetste Quelle und Phase des Verfahrens verlagert wird, die Aufnahme neuer Daten in diese elektronischen Formulare begrenzt wird, um das Vergabeverfahren nicht zu***

behindern, das Online-Dokumentenarchiv e-CERTIS konsolidiert wird, um seinen potenziellen Nutzen zu erhöhen, bevor es auf andere Systeme ausgeweitet wird, und ein Rechtsrahmen für die Risiken im Zusammenhang mit dem Einsatz von KI-Technologien im öffentlichen Auftragswesen, im Einklang mit der Verordnung 2024/1689/EU, geschaffen wird;

Or. en

Änderungsantrag 512
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen;	15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen; ***weist ferner darauf hin, dass dieser Übergang zu automatisierten, transaktionsgestützten Systemen die Datenerfassung in Echtzeit verbessern, die Vergabeverfahren straffen und eine bessere Datennutzung ermöglichen würde, was insbesondere für KMU von Vorteil wäre;***

Or. en

Änderungsantrag 513
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen;	15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen; ***fordert die Kommission auf, die Website „Tenders Electronic Daily“ (TED) in ein Instrument umzuwandeln, mit dem die strategische Vergabe von öffentlichen Aufträgen anhand gemeinsamer Indikatoren in den Mitgliedstaaten überwacht und die Berichterstattung darüber ermöglicht werden kann;***

Or. en

Änderungsantrag 514
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem	15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die Automatisierung bestimmter Prozesse konzentriert, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem

transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die ***Integration der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung und des Online-Dokumentenarchivs e-CERTIS in breiter angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive*** Technologien wie ***künstliche*** Intelligenz ***weitere Möglichkeiten eröffnen***;	transaktionsgestützten System, die Verringerung der Menge der elektronischen Formulare und die ***Erkundung des Potenzials neuer*** Technologien wie ***der künstlichen*** Intelligenz ***zur Rationalisierung der Vergabe öffentlicher Aufträge***;

Or. en

Änderungsantrag 515
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die ***Automatisierung bestimmter Prozesse*** konzentriert***, z. B. durch den Übergang von dem veralteten meldungsgestützten System zu einem transaktionsgestützten System, die Verringerung der*** Menge der elektronischen Formulare ***und die Integration der Einheitlichen Europäischen*** Eigenerklärung ***und des Online-Dokumentenarchivs*** e-CERTIS in breiter ***angelegte Verwaltungs- und Unternehmenssysteme, zumal disruptive Technologien wie künstliche Intelligenz weitere Möglichkeiten eröffnen;***	15. empfiehlt, dass man sich vor allem auf die ***Interoperabilität von Prozessen und Plattformen*** konzentriert***, sowie darauf, die*** Menge der elektronischen Formulare ***zu verringern und die Einheitliche Europäische*** Eigenerklärung und ***das Online-Dokumentenarchiv*** e-CERTIS in breiter ***angelegten Verwaltungs- und Unternehmenssystemen zu integrieren***; ***fordert die Kommission auf, die Plattform „Tenders Electronic Daily“ (TED) in ein Instrument umzuwandeln, mit dem die strategische Vergabe von öffentlichen Aufträgen anhand gemeinsamer Indikatoren in den Mitgliedstaaten überwacht und die Berichterstattung darüber ermöglicht werden kann;***

Or. en

Änderungsantrag 516
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei,

Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. stellt fest, dass mit der Einführung der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) das Ziel der Vereinfachung und Erleichterung der Beteiligung von Unternehmen an der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht vollständig erreicht wurde, da nach wie vor operative Schwierigkeiten bestehen, die den Zugang von Unternehmen, insbesondere Kleinstunternehmen und KMU, zu Vergabeverfahren nach wie vor erschweren; fordert die Einführung eines vereinfachten und sicheren Systems, das es Unternehmen ermöglicht, sich ausschließlich auf der Grundlage einer Unternehmenskennnummer zu bewerben;

Or. en

Änderungsantrag 517
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, wie wichtig es ist, die Unterschiede zwischen den nationalen Plattformen, die Hemmnisse für den Binnenmarkt darstellen, anzugehen und gegebenenfalls harmonisierte, grenzüberschreitend kompatible digitale Systeme zu fördern; betont ferner, dass gegebenenfalls gemeinsame Standards für Daten und Plattformen zur Auftragsvergabe auf EU-Ebene in Betracht gezogen werden müssen, um die Fragmentierung zu verringern und einen stärker integrierten digitalen Markt für

öffentliche Aufträge zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 518
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, das standardisierte Dokumentationsverfahren für die Auftragsvergabe, einschließlich der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) einfacher und klarer zu gestalten, indem unnötige Elemente entfernt, Inhalte neu organisiert und die Sprache klargestellt werden, um die Teilnahme zu erleichtern;

Or. it

Änderungsantrag 519
Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, Klara Dostalova

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission auf, die Standarddokumentation für die Vergabe öffentlicher Aufträge, einschließlich der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung, zu straffen und zu präzisieren, indem überflüssige Informationen beseitigt, Inhalte umstrukturiert und die Terminologie verfeinert werden, um Hindernisse für die Beteiligung an Ausschreibungen abzubauen;

Or. en

Änderungsantrag 520
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie Auftragsvergabesysteme mit anderen gut funktionierenden Verwaltungssystemen und Datenbanken auf nationaler Ebene und Unionsebene verknüpft werden können, um den EU-Binnenmarkt zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 521
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. betont, dass die öffentlichen Auftraggeber in Bezug auf den Einsatz digitaler Instrumente, Marktbeteiligung und risikobasierte Beschaffungskonzepte verstärkt unterstützt und geschult werden müssen, um die erfolgreiche Umsetzung von Reformen des öffentlichen Auftragswesens sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 522
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 523
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission ***im Dialog*** mit den Interessenträgern bewerten ***sollte***, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten ***nur einen geringen*** Mehrwert bieten***, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte***;	16. ist davon überzeugt, dass die Kommission ***regelmäßig*** mit den Interessenträgern ***zusammenarbeitet, um zu*** bewerten, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten ***und den damit einhergehenden Verwaltungsaufwand nur einen begrenzten*** Mehrwert bieten. ***Gegebenenfalls sollten diese Verfahren automatisiert oder abgeschafft werden, um sie mit dem umfassenderen digitalen Wandel der Vergabe öffentlicher Aufträge in Einklang zu bringen. Dies würde Ressourcen für strategischere Beschaffungstätigkeiten freisetzen und Ineffizienzen im System deutlich verringern***;

Or. en

Änderungsantrag 524
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François

Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren ***im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte***;	16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den ***Sozialpartnern und*** Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren ***angesichts ihrer Komplexität und Kosten verbessert werden sollten, und wie die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge Tarifverhandlungen und hochwertige Arbeitsplätze besser fördern können***;

Or. en

Änderungsantrag 525
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;	16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern ***und den Sozialpartnern*** bewerten sollte, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 526
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;	16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten ***oder ihrer Qualität*** nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 527
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die ***Kommission im Dialog mit den Interessenträgern*** bewerten ***sollte***, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen ***sollte***;	16. ist davon überzeugt, dass die ***Mitgliedstaaten*** bewerten ***sollten***, welche Verfahren im Verhältnis zu ihren Kosten nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen ***sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 528
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den	16. ist davon überzeugt, dass die Kommission im Dialog mit den

Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren ***im Verhältnis zu ihren Kosten*** nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;	Interessenträgern bewerten sollte, welche Verfahren nur einen geringen Mehrwert bieten, und diese Verfahren dann entweder automatisieren oder vollständig abschaffen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 529
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist darauf hin, dass Länder wie Polen, Litauen und Dänemark das GovTech-Vergabemodell erfolgreich übernommen haben und die Kommission es als zentrales Instrument zur Verwirklichung der im Digitalen Kompass der EU bis 2030 dargelegten Ziele anerkennt;	17. weist darauf hin, dass Länder wie Polen, Litauen und Dänemark das GovTech-Vergabemodell erfolgreich übernommen haben und die Kommission es als zentrales Instrument zur Verwirklichung der im Digitalen Kompass der EU bis 2030 dargelegten Ziele anerkennt; ***ist der Ansicht, dass die Ausweitung erfolgreicher nationaler Erfahrungen und die Förderung der Entwicklung eines europäischen GovTech-Marktes für den öffentlichen Sektor von entscheidender Bedeutung sein werden, um rasch und effizient auf maßgeschneiderte digitale Lösungen zuzugreifen und eine digital ausgerichtete Reform des öffentlichen Auftragswesens zu unterstützen;***

Or. en

Änderungsantrag 530
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. weist darauf hin, dass Länder wie Polen, Litauen und Dänemark das GovTech-Vergabemodell erfolgreich übernommen haben und ***die Kommission es als zentrales Instrument zur Verwirklichung der im Digitalen Kompass der EU bis 2030 dargelegten Ziele anerkennt***;	17. verweist darauf hin, dass Länder wie Polen, Litauen und Dänemark das GovTech-Vergabemodell erfolgreich übernommen haben und ***betont, dass die Wahrung der nationalen Souveränität über solche Modelle ohne Einmischung der Kommission wichtig ist***;

Or. en

Änderungsantrag 531
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass digitale Instrumente genutzt werden müssen, um die Datenerhebung, Transparenz und Überwachung während des gesamten Lebenszyklus öffentlicher Aufträge – von der ersten Ausschreibung bis zur Vertragsausführung und -erfüllung – zu verbessern; betont, dass eine umfassendere Nutzung digitaler Technologien eine bessere Analyse der Marktdynamik unterstützen, Ineffizienzen ermitteln und eine intelligentere, evidenzbasierte Politikgestaltung fördern kann; fordert mehr Investitionen in kompatible und benutzerfreundliche digitale Systeme, um die Aufsicht zu erleichtern, die Zugänglichkeit für KMU zu verbessern und einen wettbewerbsfähigeren und widerstandsfähigeren Binnenmarkt sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 532
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. fordert die Kommission auf, zu bewerten, welchen Mehrwert und welches Kosten-Nutzen-Verhältnis die Einrichtung einer zentralen Plattform auf Ebene der Mitgliedstaaten, auf der Informationen über Bieter gesammelt und den öffentlichen Auftraggebern zur Verfügung gestellt würden, verspricht; betont, dass der Grundsatz der einmaligen Übermittlung von Unterlagen das Leitprinzip für eine solche Plattform sein sollte: fügt hinzu, dass diese Plattform im Interesse größtmöglicher Effizienz auf interoperablen Standards beruhen sollte, um Verbindungen auf nationaler Ebene zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 533
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass der Übergang von analogen Prozessen zu volldigitalen Systemen erfolgen muss, um Entscheidungen über die öffentliche Auftragsvergabe intelligenter zu treffen, indem Tools wie eForms, e-CERTIS und der Datenraum für das öffentliche Auftragswesen genutzt werden; betont, dass die Einrichtung einer EU-weiten Datenarchitektur für die öffentliche Auftragsvergabe mit zuverlässiger,

strukturierter Datenerhebung von entscheidender Bedeutung ist, um bessere Erkenntnisse zu gewinnen und die Leistung des öffentlichen Auftragswesens in den Mitgliedstaaten zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 534
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass der Einsatz von GovTech bei der vorkommerziellen Auftragsvergabe es finanziell bisher weniger gut ausgestatteten Gemeinden ermöglicht hat, Konsortien mit mehreren Partnern zu bilden, ein Modell, das auf größere nationale Projekte erweitert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 535
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Stärkung der sozialen Dimension des europäischen öffentlichen Auftragswesens

Or. en

Änderungsantrag 536
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina

Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. fordert eine bessere Nutzung bestehender Instrumente wie elektronische Formulare (eForms), eTender und des Datenraums für das öffentliche Auftragswesen sowie einen verbesserten Datenaustausch und Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten; stellt fest, dass die Einheitliche Europäische Eigenerklärung und das Online-Dokumentenarchiv e-CERTIS eingeführt wurden, um die Verfahren, insbesondere für KMU, zu vereinfachen; weist darauf hin, dass wie der Europäische Rechnungshof festgestellt hat, die Beteiligung von KMU jedoch nicht wesentlich zugenommen hat, und die Auswirkungen des Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung auf die Verringerung des Verwaltungsaufwands nach wie vor unklar sind; betont, dass der Verwaltungsaufwand bei der Vergabe öffentlicher Aufträge trotz dieser Bemühungen nach wie vor als hoch wahrgenommen wird; hebt hervor, dass strukturierte Datensysteme dazu beitragen können, diese Belastungen durch zunehmende Automatisierung zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 537
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. begrüßt, dass die Kommission in

der Mitteilung über den Deal für eine saubere Industrie anerkennt, dass die Verwendung sozialer Konditionalitäten bei der öffentlichen Finanzierung sicherstellt, dass Arbeitnehmer von der Unterstützung profitieren, die ihnen in der Industrie gewährt wird, einschließlich der Förderung von Tarifverhandlungen; begrüßt die Absicht der Kommission, Arbeits- und Sozialstandards zu unterstützen, um sicherzustellen, dass der Übergang im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Rechtsrahmens für das öffentliche Auftragswesen für alle gerecht und gerecht ist;

Or. en

Änderungsantrag 538
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. fordert eine Straffung der Datenmeldepflichten für öffentliche Auftraggeber, die Verknüpfung sektoraler Rechtsvorschriften mit dem Beschaffungsbedarf und die Vermeidung von Doppelarbeit; bekräftigt, dass gemeinsame Formate und Methoden, etwa zur Berechnung der Lebenszyklus-Kosten, entwickelt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 539
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. spricht sich für eine breitere Nutzung digitaler Vergabeinstrumente aus, um die grenzüberschreitende Beteiligung zu erleichtern, den bürokratischen Aufwand zu minimieren und die Effizienz der Vergabeverfahren durch ein vollständig interoperables digitales Gateway der EU sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 540
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. hebt hervor, dass im Letta-Bericht Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen gefordert wurden, um sicherzustellen, dass Verträge die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze fördern, die sich durch faire Löhne und durch Tarifverträge gestützte Bedingungen auszeichnen;

Or. en

Änderungsantrag 541
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17g. hebt hervor, dass Wirtschaftsteilnehmer, die die soziale Inklusion, hochwertige Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen fördern und hochwertige, innovative und kreative

Waren und Dienstleistungen anbieten möchten, indem sie in ihre Arbeitskräfte investieren, derzeit durch die übermäßige Abhängigkeit der öffentlichen Auftraggeber vom Kriterium des niedrigsten Preises für die Vergabe von Aufträgen bestraft werden, da der derzeitige Rechtsrahmen nicht klar genug ist und daraus eine Angst vor Rechtsstreitigkeiten resultiert;

Or. en

Änderungsantrag 542
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17h. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Verwendung des Grundsatzes des wirtschaftlich günstigsten Angebots für die Vergabe von Aufträgen verbindlich vorzuschreiben und die Vergabe von Aufträgen, die ausschließlich auf dem Preis beruhen, auszuschließen; betont, dass ökologische und soziale Kriterien immer in diesen Ansatz aufgenommen werden sollten, um Nachhaltigkeit und hochwertige Arbeitsplätze zu fördern und den gesellschaftlichen Nutzen öffentlicher Ausgaben einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 543
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17i. stellt fest, dass die Rechenschaftspflicht durch mehrere Ebenen der Vergabe von Unteraufträgen verwässert und das Risiko von Arbeitsverstößen erhöht wird, die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in der Unterauftragskette unter Druck gesetzt werden und eine wirksame Durchsetzung behindert wird; ist der Ansicht, dass die Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge direkte Arbeitsplätze fördern sollten und dass die Unternehmen über ausreichend eigenes Personal verfügen sollten, um das Projekt durchzuführen und öffentliche Aufträge zu erhalten; fordert die Kommission auf, zur Erhöhung der Transparenz und der Verantwortung in der gesamten Lieferkette die Vergabe von Unteraufträgen auf höchstens zwei Ebenen zu begrenzen, die Offenlegung von Unterauftragnehmern und den Anteil des Auftrags, den der Auftragnehmer an Unterauftragnehmer zu vergeben beabsichtigt, verbindlich vorzuschreiben und eine gesamtschuldnerische Haftung der Wirtschaftsteilnehmer und Unterauftragnehmer in Bezug auf die Einhaltung des Arbeitsrechts und von Tarifverträgen einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 544
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 j (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17j. ist der Ansicht, dass Primärauftragnehmer und Unterauftragnehmer, einschließlich ihrer Tochterunternehmen, die unlauteren

Wettbewerb betreiben, Steuerbetrug begehen oder gegen ihre Verpflichtungen in Bezug auf geltende Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards verstoßen, von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden sollten; fordert die Kommission daher auf, die Unterscheidung zwischen zwingenden Gründen und Ermessensgründen für einen Ausschluss in Artikel 57 der Richtlinie aufzuheben und klarzustellen, welche Gründe den Ausschluss öffentlicher Auftraggeber ermöglichen; fordert die Erstellung einer schwarzen Liste von Wirtschaftsteilnehmern, die von den Märkten für öffentliche Aufträge ausgeschlossen sind, um die Durchsetzung zu erleichtern und zur Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 545
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 k (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17k. fordert die Kommission auf, eine klare Methode zur Bewertung des Begriffs „ungewöhnlich niedriger Preis“ vorzulegen, um den öffentlichen Auftraggebern mehr Rechtssicherheit bei der Ermittlung von Angeboten zu bieten, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass die sozialen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards nicht eingehalten werden;

Or. en

Änderungsantrag 546
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 l (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17l. stellt fest, dass Tausende von Menschen im Rahmen von Arbeitnehmern mit Behinderungen vorbehaltenen Verträgen beschäftigt sind; besteht darauf, dass diese Praxis fortgesetzt werden sollte; weist darauf hin, dass das Ziel solcher vorbehaltenen Verträge darin besteht, Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, zu einer Beschäftigung im offenen Arbeitsmarkt überzugehen, und fordert eine bessere Umsetzung vorbehaltener Verträge, die der Arbeitsintegration von Gruppen in einer benachteiligten Situation zugutekommen;

Or. en

Änderungsantrag 547
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 m (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17m. hält es für wesentlich, dafür zu sorgen, dass nicht nur große Unternehmen den Zuschlag für große Aufträge erhalten; fordert die Kommission auf, Unternehmen der Sozialwirtschaft und Kleinstunternehmen in alle Initiativen einzubeziehen, die KMU den Zugang zu öffentlichen Aufträgen erleichtern; ist der Ansicht, dass die neuen Vorschriften eine obligatorische Aufteilung in Lose und Beschränkungen der Auferlegung übermäßiger auf die Vergangenheit bezogener Anforderungen

als Teil der Auswahlkriterien umfassen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 548
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 n (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17n. betont, dass sich die Einbeziehung von Sozial- und Gesundheitsdiensten in die Sonderregelung für die Anwendung der europäischen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge in bestimmten Mitgliedstaaten nachteilig auf die Qualität und Kontinuität der Versorgung ausgewirkt hat und dass es praktisch keine grenzüberschreitenden Angebote gegeben hat, da die Erbringung dieser Dienstleistungen sehr spezifisch für die Organisation des Sozialstaats ist; fordert die Kommission daher auf, Sozial- und Gesundheitsdienste vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 549
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 o (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17o. betont, dass die Kultur der „Fehlerfreiheit“ und der Abschreckungseffekt, die sich aus der Wettbewerbslogik und den Dynamiken, die dem derzeitigen Rechtsrahmen

innewohnen, ergeben, keine Kreativität, Innovation und Flexibilität zulassen, obwohl diese Grundsätze für arbeitsintensive Sektoren wie die sozialen Dienste und Anbieter wesentlicher Dienstleistungen von entscheidender Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, Preisüberprüfungsklauseln zu präzisieren, um Innovationen und Investitionen in die Arbeitskräfte zu ermöglichen, beispielsweise durch Schulungen oder die Anpassung des Entgelts im Hinblick auf einen neuen Tarifvertrag während der Vertragslaufzeit;

Or. en

Änderungsantrag 550
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 p (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17p. ist der Ansicht, dass vorbehaltene Aufträge für bestimmte Dienstleistungen ein bewährtes Verfahren sind, wenn es darum geht, die Sozialwirtschaft zu unterstützen, und dass öffentliche Auftraggeber unterstützt und ermutigt werden sollten, diese zur Verfügung stehende Option stärker zu nutzen; ist jedoch der Ansicht, dass es für Menschen in einer prekären Situation schädlich ist, alle drei Jahre ein Fürsorgeverhältnis zu unterbrechen; fordert die Kommission auf, die Dreijahresfrist und die Verpflichtung, diese Dienstleistungen in den vorangegangenen drei Jahren nicht erbracht zu haben, in Artikel 77 der Richtlinie zu überdenken;

Or. en

Änderungsantrag 551
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 q (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17q. hält es für sehr wichtig, für eine verstärkte Durchsetzung, Überwachung und Sanktionen zu sorgen, um sicherzustellen, dass die Wirtschaftsteilnehmer ihren Verpflichtungen, auch im Arbeitsbereich, in vollem Umfang nachkommen; betont, dass die Vergabestellen über die notwendigen Ressourcen verfügen sollten, um ihrer Verantwortung gerecht zu werden; betont, wie wichtig es ist, die uneingeschränkte Einhaltung der im ILO-Übereinkommen Nr. 94 über die Arbeitsklauseln (Öffentliche Verträge) festgelegten Bedingungen als Teil der horizontalen Mindestanforderungen sicherzustellen; ist der Ansicht, dass die Nichteinhaltung der einschlägigen Bedingungen zu abschreckenden Sanktionen führen sollte, einschließlich der Kündigung des Vertrags und des Ausschlusses vom Vergabeverfahren, da dies erheblich dazu beitragen wird, die Ziele der Förderung hochwertiger Arbeitsplätze und von Tarifverhandlungen zu erreichen;

Or. en

Änderungsantrag 552
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 r (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17r. bedauert, dass es in der derzeitigen Richtlinie an einer

geschlechtsspezifischen Dimension mangelt; fordert die Kommission auf, die anstehende Überarbeitung zu nutzen, um Anhang X zu erweitern, um sicherzustellen, dass die IAO-Übereinkommen Nr. 100 und Nr. 111 zusammen mit der Richtlinie zur Lohntransparenz, der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und der Richtlinie über Frauen in Aufsichtsräten darin aufgenommen werden; ist der Ansicht, dass die Nichteinhaltung bestehender Rechtsvorschriften als Ausschlusskriterium betrachtet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 553
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 17 s (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17s. betont, dass dafür gesorgt werden sollte, dass öffentliche Aufträge an diejenigen Arbeitgeber vergeben werden, die für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sorgen, und fordert daher die Aufnahme der ILO-Übereinkommen Nr. 155 und Nr. 187 in Anhang X;

Or. en

Änderungsantrag 554
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Spezifische Empfehlungen zur Verbesserung der Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU	***Horizontale*** Empfehlungen zur Verbesserung der Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU

Or. en

Änderungsantrag 555
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und*** Vereinfachung der Vorschriften ***konzentriert***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte***, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen*** für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den ***übermäßigen*** Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern***, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden***;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge***, die sich auf die Ausrichtung an unseren übergeordneten politischen Zielen konzentriert, d. h. auf die Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels unserer Wirtschaft und den Schutz unserer strategischen Autonomie bei gleichzeitiger*** Vereinfachung der Vorschriften ***für die öffentlichen Auftraggeber und die Bieter, überarbeitet werden***; betont, dass die Kommission ***präzise, klare, schrittweise und messbare Ziele in Bezug auf die Nutzung der strategischen Beschaffung festlegen und*** eine Harmonisierung ***der Prozesse, der Überprüfung, der Transparenz und der Berichterstattungsanforderungen*** vorschlagen sollte***; legt fest, dass Elemente zur Vereinfachung der Vergabeverfahren Teil dieser Reform sein sollten, ebenso wie vereinfachte Strukturen*** für die gemeinsame Beschaffung auf ***lokaler,*** nationaler und grenzüberschreitender Ebene; ***fordert, dass bei der Überarbeitung die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern bei der gemeinsamen Beschaffung erleichtert wird;*** hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als

Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr ***die Rechtssicherheit,*** die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den ***unverhältnismäßigen*** Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 556
Pierre Jouvet, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die ***auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung*** den größten Mehrwert ***erbringen kann***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; ***hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern*** sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren***, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden***;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***mit dem Ziel, die soziale und ökologische Beschaffung zu fördern und die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, indem ein verhältnismäßiger Grundsatz der Präferenz für Erzeugnisse europäischen Ursprungs ermöglicht wird, die Versorgungssicherheit für bestimmte wichtige Technologien, Erzeugnisse und Dienstleistungen gewährleistet wird, und die Vorschriften vereinfacht und besser erläutert werden, die öffentlichen Beschaffer darin geschult werden, diese sicher anzuwenden, und angemessene Möglichkeiten der Kontrolle und des Zugangs zu Daten beibehalten werden***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die ***darauf abzielt, die strategische Rolle der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken und*** den größten Mehrwert ***zu erzielen***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf

nationaler und grenzübergreifender Ebene; ***betont, dass ferner darauf abgezielt werden sollte, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, Tarifverhandlungen und klimabezogene Erwägungen zu fördern,*** sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend ***Kontrolle und*** Flexibilität zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 557
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die ***Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene***; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die ***Rechtssicherheit konzentriert sowie darauf, das wahre Potenzial von Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2014/24/EU auszuschöpfen, um sicherzustellen, dass die öffentlichen Auftraggeber öffentliche Aufträge auch auf der Grundlage sozialer Kriterien, wie z. B. verbindlicher Tarifverträge, sowie von Nachhaltigkeitskriterien vergeben; fordert eine Überarbeitung des EU-Rahmens für das öffentliche Auftragswesen, der als Hebel für den Binnenmarkt insgesamt dienen kann, um hochwertige Arbeitsplätze, Dienstleistungen und Erzeugnisse zu fördern; betont, dass die öffentlichen Auftraggeber die Vorschriften vereinfachen und die Rechtsgrundlage für das Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots und Artikel 18 Absatz 2 klären müssen***; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung ***oder Vereinfachung*** als

Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz***, die Entscheidungsfreiheit und die Autonomie der öffentlichen Auftraggeber*** und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 558
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die ***auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung*** den größten Mehrwert ***erbringen kann***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***mit dem Ziel, die europäische Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, indem ein verhältnismäßiger Grundsatz der Präferenz für Erzeugnisse europäischen Ursprungs ermöglicht wird, die Versorgungssicherheit für bestimmte wichtige Technologien, Erzeugnisse und Dienstleistungen gewährleistet wird, und die Vorschriften vereinfacht und der Verwaltungsaufwand verringert wird***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die ***darauf abzielt, die strategische Rolle der Vergabe öffentlicher Aufträge zu stärken und*** den größten Mehrwert ***zu erzielen***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern

Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 559
Laura Ballarín Cereza

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; ***fordert in diesem Zusammenhang, dass die grenzüberschreitende Vergabe öffentlicher Aufträge im Binnenmarkt, insbesondere in Grenzregionen, gefördert wird;*** hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die

Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 560
Johan Danielsson, Adnan Dibrani, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ***ausreichend*** Flexibilität ***zu wahren***, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden ***mit dem Ziel, die Fähigkeit der öffentlichen Auftraggeber zu verbessern, kriminelle und betrügerische Unternehmen von der Teilnahme an Vergabeverfahren abzuhalten***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ***die notwendige*** Flexibilität ***einzuführen und zu erhöhen***, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 561

Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene***, einschließlich sauberer Technologien und CO_2-armer Materialien***; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 562
Klara Dostalova, Jorge Martín Frías, Jaroslav Bžoch, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher	18. fordert, dass ***die Richtlinie als Form der Regulierung beibehalten wird***

Aufträge überarbeitet werden ***und*** man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften ***konzentriert***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	***und*** die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden***, wobei*** man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften ***konzentrieren sollte***; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 563
Virginie Joron, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die ***Einrichtung einer europäischen Präferenzregelung sowie auf die*** Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine ***minimale*** Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten

öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 564
Maria Grapini

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern

vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden ***und eine bessere Zugänglichkeit für KMU ermöglicht wird***;

Or. ro

Änderungsantrag 565
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die ***Kommission eine*** Harmonisierung ***vorschlagen sollte, die*** auf wesentliche Aspekte ***beschränkt ist***, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert ***erbringen kann***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren ***und -strukturen*** für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler ***und grenzübergreifender*** Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ***ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden***;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass ***sich*** die Harmonisierung auf wesentliche Aspekte ***beschränken sollte***, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert ***erbringt***, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler Ebene***, ohne dass unnötige grenzüberschreitende Rahmenregelungen eingeführt werden***; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ***sicherzustellen, dass den Mitgliedstaaten nach wie vor die Freiheit zuteil wird, die Vergabe öffentlicher Aufträge***

entsprechend ihren eigenen nationalen Interessen und Prioritäten zu verwalten;

Or. en

Änderungsantrag 566
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung***, Digitalisierung*** und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 567
Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron, Klara Dostalova

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren ***und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung*** auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 568
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die ***Verringerung*** und	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die ***Klarstellung*** und

Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, ***die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist, bei denen*** die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie ***den übermäßigen Verwaltungsaufwand*** für öffentliche Auftraggeber und ***für*** Bieter ***zu verringern***, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, ***bei der*** die Harmonisierung den größten Mehrwert ***und den größten sozialen Nutzen*** erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die ***Klarheit,*** Effizienz***, Fairness*** und Berechenbarkeit zu verbessern sowie ***klare administrative Anforderungen*** für öffentliche Auftraggeber und Bieter ***festzuschreiben***, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 569
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte***, die auf wesentliche Aspekte beschränkt ist***, ***bei denen*** die Harmonisierung den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der	18. fordert, dass die Rahmenregelungen der EU für die Vergabe öffentlicher Aufträge überarbeitet werden und man sich dabei auf die Verringerung und Vereinfachung der Vorschriften konzentriert; betont, dass die Kommission eine Harmonisierung vorschlagen sollte, ***bei der*** die Harmonisierung ***möglicherweise*** den größten Mehrwert erbringen kann, etwa bei digitalen Instrumenten für die Vergabe öffentlicher Aufträge und bei der Standardisierung von

Standardisierung von Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;	Ausschreibungsverfahren und -strukturen für die gemeinsame Beschaffung auf nationaler und grenzübergreifender Ebene; hebt hervor, dass das Ziel nicht darin liegen sollte, Harmonisierung als Selbstzweck zu betreiben, sondern vielmehr die Effizienz und Berechenbarkeit zu verbessern sowie den übermäßigen Verwaltungsaufwand für öffentliche Auftraggeber und für Bieter zu verringern, gleichzeitig aber ausreichend Flexibilität zu wahren, damit die Steuergelder umsichtig eingesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 570
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 18 – Nummer 1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(1) empfiehlt konkrete Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung durch mehr Transparenz bei der Anwendung von Verhandlungsverfahren ohne vorherigem Aufruf zum Wettbewerb; ist der Auffassung, dass dies durch die systematische Veröffentlichung der bestehenden freiwilligen Ex-ante-Mitteilung erreicht sollte, die ein verbindliches Verfahren darstellen sollte; fordert ferner, dass die genannte Ex-ante-Mitteilung im Amtsblatt der Europäischen Union sowie auf der Website oder an einem anderen öffentlichen Ort der zuständigen Behörde veröffentlicht werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 571

Christel Schaldemose

Entschließungsantrag
Ziffer 18 – Unterabsatz 1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	weist darauf hin, dass die Anwendung der horizontalen Sozialklausel obligatorisch ist, und begrüßt die Klarstellung des EuGH, dass die sozialen und ökologischen Verpflichtungen in der horizontalen Sozialklausel „einen essenziellen Wert darstellt, für dessen Beachtung die Mitgliedstaaten zu sorgen haben“;

Or. en

Änderungsantrag 572
Peter Agius

Entschließungsantrag
Ziffer 18 – Nummer 2 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(2) empfiehlt, die Gründe für die Anwendung des Verhandlungsverfahren ohne vorherigem Aufruf zum Wettbewerb zu verschärfen, wobei die öffentlichen Auftraggeber verpflichtet sein sollten, die Gründe für die Anwendung eines solchen Verfahrens in einer verbindlichen Ex-ante-Mitteilung klar zu begründen und zu erläutern; empfiehlt darüber hinaus, dass das Fehlen einer angemessenen Begründung für die Anwendung des Verhandlungsverfahrens einen Grund für die Unwirksamkeit dieses Verfahrens darstellen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 573

Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission auf, im Einklang mit dem Urteil des EuGH in der Rechtssache C-395/18 klarzustellen, dass die Anforderungen in Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie in Bezug auf das Umwelt-, Sozial- und Arbeitsrecht wie die anderen in Artikel 18 Absatz 1 genannten Grundsätze, nämlich die Grundsätze der Gleichbehandlung, der Nichtdiskriminierung, der Transparenz und der Verhältnismäßigkeit, einen verbindlichen Grundsatz darstellen; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die horizontale Sozialklausel in allen Artikeln der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge angewandt wird; betont, dass mangelnde Rechtsklarheit für die öffentlichen Auftraggeber zu einer weit verbreiteten Angst vor Rechtsstreitigkeiten und einer abschreckenden Wirkung in Bezug auf die Anwendung sozialer Erwägungen in den verschiedenen Phasen des Vergabeverfahrens geführt hat;

Or. en

Änderungsantrag 574
Johan Danielsson, Adnan Dibrani, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert mehr Flexibilität für öffentliche Auftraggeber bei der Gestaltung und Anwendung von Ausschlusskriterien in Vergabeverfahren, damit sie spezifische sektorale Risiken im

Zusammenhang mit Betrug, Korruption und krimineller Unterwanderung wirksam angehen können; betont, dass für verschiedene Sektoren maßgeschneiderte Ausschlusskriterien erforderlich sind, die ihre unterschiedlichen Schwachstellen und operativen Kontexte widerspiegeln, und betont, wie wichtig es ist, die Behörden in die Lage zu versetzen, ihre Ansätze entsprechend anzupassen, um so Präventivmaßnahmen zu verstärken und die Sicherheit und Integrität der Vergabe öffentlicher Aufträge zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 575
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. spricht sich für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Vergabe öffentlicher Aufträge aus, wenn dies beispielsweise für Großprojekte von Vorteil ist, um die Effizienz und den Zusammenhalt im EU-Binnenmarkt zu verbessern; unterstützt eine interoperable digitale Infrastruktur, die einen nahtlosen Austausch von Daten zur Auftragsvergabe sowie von Vergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten ermöglicht, wodurch Hindernisse abgebaut und der Marktzusammenhalt gestärkt würden, was Anbietern jeder Größe in der gesamten EU zugutekommen würde;

Or. en

Änderungsantrag 576

Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass ökologische und soziale Anforderungen bereits in der Planungsphase eines Vergabeverfahrens berücksichtigt und während des gesamten Verfahrens, d. h. der Auswahl, der Festlegung der Zuschlagskriterien und der Bedingungen für die Ausführung des Auftrags, überwacht werden müssen; ist der Ansicht, dass solche Anforderungen nach den besten bestehenden Verfahren gestaltet und durch die Entwicklung von Lebenszyklusmethoden unterstützt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 577
Henrik Dahl

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass der künftige EU-Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge weiterhin in Form einer Richtlinie bestehen sollte, um die Flexibilität der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von Vorschriften im Einklang mit den nationalen Rechtssystemen und Gepflogenheiten zu wahren; betont, dass bei den Bemühungen um eine Vereinheitlichung der Vergabeverfahren das Subsidiaritätsprinzip uneingeschränkt gewahrt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 578
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission auf, die Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen zu überarbeiten, um öffentliche Unternehmen, die den Zuschlag für einen Auftrag oder eine Konzession erhalten haben, von der Verpflichtung auszunehmen, neue Ausschreibungen für den Erwerb von Lieferungen, die für die Ausführung des Auftrags erforderlich sind, einzuleiten;

Or. it

Änderungsantrag 579
Laura Ballarín Cereza

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass vorbehaltene Verträge ein wirksames Mittel darstellen, wenn es darum geht, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen durch die Vergabe öffentlicher Aufträge zu unterstützen; fordert die Kommission auf, vorbehaltene Verträge aufrechtzuerhalten und zu verbessern, um sicherzustellen, dass sie in vollem Umfang mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 580
Kim Van Sparrentak

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass bei einer solchen Überarbeitung soziale Ziele (etwa die Förderung hochwertiger Beschäftigung, der Gleichheit, der Gleichstellung der Geschlechter und der nachhaltigen Entwicklung) eindeutig als wesentliche Ziele der Auftragsvergabe im Einklang mit den Artikeln 8, 9, 10 und 11 AEUV festgelegt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 581
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert eine Kommission auf, unverbindliche Leitlinien für eine stärkere Standardisierung herauszugeben, ohne dass dabei den Ermessensspielraum der öffentlichen Auftraggeber eingeschränkt wird;

Or. en

Änderungsantrag 582
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

18a. fordert, dass die Möglichkeit, öffentliche Aufträge nur auf der Grundlage des Preises zu vergeben, abgeschafft wird;

Or. en

Änderungsantrag 583
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Verwendung des Grundsatzes des wirtschaftlich günstigsten Angebots für die Vergabe von Aufträgen verbindlich vorzuschreiben und dafür zu sorgen, dass die Vergabe nur auf der Grundlage des Preises schrittweise eingestellt wird; betont, dass bei diesem Ansatz stets ökologische und soziale Kriterien berücksichtigt werden sollten; fügt hinzu, dass nichtpreisliche Erwägungen bei der Gesamtbewertung und der endgültigen Entscheidung über die Vergabe von Aufträgen ein erhebliches Gewicht beigemessen werden sollte; fordert die Kommission auf, die Anwendung der Kriterien hinreichend zu präzisieren, um den öffentlichen Auftraggebern Rechtssicherheit zu bieten;

Or. en

Änderungsantrag 584
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

18b. fordert die Kommission auf, den Grundsatz des wirtschaftlich günstigsten Angebots gemäß Artikel 67 Absatz 2 bei der anstehenden Überarbeitung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe zum Standard zu erklären, einschließlich Kriterien zur Förderung von Tarifverhandlungen und zur Sicherstellung hochwertiger Arbeitsplätze;

Or. en

Änderungsantrag 585
Laura Ballarín Cereza

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. fordert, dass Barrierefreiheitsanforderungen in alle Phasen der Vergabe öffentlicher Aufträge integriert werden, einschließlich der Kommunikation von Kontaktbehörden, technischer Spezifikationen, Zuschlagskriterien und der Qualitätssicherung von Dienstleistungen;

Or. en

Änderungsantrag 586
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18c. fordert die Kommission insbesondere auf, Tarifverhandlungen und hochwertige Arbeitsplätze weiter zu fördern, indem die Anwendung der in Tarifverträgen festgelegten Bedingungen

durch einen Wirtschaftsteilnehmer während des gesamten Vergabeverfahrens, von der Auftragsbekanntmachung über die Auswahlkriterien bis hin zur Vertragserfüllung, gestrafft wird; fordert ferner, klarzustellen, dass die Verpflichtung zur Einhaltung von Tarifverträgen und fairen Arbeitsbedingungen in allen Fällen als relevantes Kriterium in Verbindung mit dem Auftragsgegenstand betrachtet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 587
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18c. fordert die Einführung verbindlicher Arbeitsklauseln in öffentlichen Aufträgen, wie z. B. die Anwendung der Bedingungen geltender Tarifverträge zu verbindlichen Zuschlagskriterien zu machen, indem sie in die Auftragsbekanntmachung aufgenommen und verbindliche Leistungsbedingungen und Auswahlkriterien festgelegt werden, und Unternehmen, für deren Arbeitnehmer Tarifverträge gelten, zu bevorzugen, um für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen und einen fairen Wettbewerb und faire Arbeitsbedingungen im Einklang mit dem geltenden Tarifvertrag, der von den repräsentativsten Sozialpartnern der Branche geschlossen wurde, oder im Einklang mit einem Schiedsspruch oder nationalen Gesetzen und Vorschriften zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 588
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18d. betont, dass die Entwicklung und Verwendung vertrauenswürdiger, hochwertiger und transparenter Nachhaltigkeitssiegel und -zertifizierungen die öffentlichen Auftraggeber dabei unterstützen, Nachhaltigkeitsziele umzusetzen, den Verwaltungsaufwand und die Notwendigkeit eingehender technischer Bewertungen zu verringern und das Risiko von Rechtsunsicherheit oder Rechtsstreitigkeiten zu begrenzen; fordert die Kommission auf, solche Gütesiegel auf Unionsebene zu fördern und weiterzuentwickeln, um ihre Glaubwürdigkeit und Nutzbarkeit in allen Sektoren sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 589
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese, David Cormand

Entschließungsantrag
Ziffer 18 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18e. fordert die Kommission auf, einen „Buy European and Sustainable Act“ vorzuschlagen, der für alle europäischen Finanzierungsinstrumente, nationalen staatlichen Beihilfen und die Vergabe öffentlicher Aufträge gilt; betont, dass ein solches Gesetz so konzipiert werden sollte, dass die internationalen Verpflichtungen

der Union eingehalten werden und der Zugang der am wenigsten entwickelten Länder und der Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen zu den Märkten für öffentliche Aufträge aufrechterhalten wird;

Or. en

Änderungsantrag 590
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18f. begrüßt die Ankündigung der Kommission, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine europäische Präferenz für kritische Sektoren und Technologien einzuführen; betont, dass eine „Buy European“-Klausel mit Nachhaltigkeitsanforderungen einhergehen muss; ist daher der Ansicht, dass mit der anstehenden Überarbeitung ein kohärenter Rahmen geschaffen werden sollte, der Anforderungen an den Anteil an Erzeugnissen europäischen Ursprungs oder ehrgeizige Resilienzkriterien umfasst, um die strategische Autonomie der EU zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 591
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 g (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18g. betont, dass Anforderungen an

den EU-Inhalt entweder dadurch gestaltet werden können, dass die Menge der in einem Drittland hergestellten Teile begrenzt wird oder dass in strategischen Sektoren Quoten für die Auftragsvergabe an in der EU ansässige Hersteller festgelegt werden; betont, dass die Anforderungen an den Anteil an Erzeugnissen europäischen Ursprungs mit Nachhaltigkeits- und Sozialkriterien verknüpft werden sollten; betont, dass die Anforderungen an den Anteil an Erzeugnissen europäischen Ursprungs in Bezug auf die Einhaltung der internationalen Verpflichtungen der Union festgelegt werden sollten und dass der Zugang der am wenigsten entwickelten Länder und der Länder mit niedrigem mittlerem Einkommen zu den Märkten für öffentliche Aufträge aufrechterhalten werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 592
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 h (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18h. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, kritische Schwachstellen für die strategische Autonomie der Union anzugehen, indem sie eine europäische digitale Industriepolitik unterstützen; fordert die Kommission auf, eine obligatorische Präferenz für die Beschaffung von IKT-Systemen und -Diensten vorzuschlagen, die unter die ausschließliche europäische Gerichtsbarkeit fallen; fordert die Kommission auf, die Beschaffung quelloffener Technologien für alle künftigen öffentlichen IKT-Entwicklungen verbindlich

vorzuschreiben;

Or. en

Änderungsantrag 593
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 18 i (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18i. empfiehlt, den öffentlichen Auftraggebern Rechtssicherheit dafür zu geben, dass die Anforderungen an die Sorgfaltspflicht in den Bereichen Menschenrechte und Umwelt, einschließlich der Arbeits- und Umweltbedingungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Bereitstellung von Erzeugnissen und Dienstleistungen, als mit dem Auftragsgegenstand im Zusammenhang stehend angesehen werden;

Or. en

Änderungsantrag 594
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen; ***stellt fest, dass eine***

stärkere Integration in den Markt für öffentliche Aufträge von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der strategischen Ziele der Union ist; weist darauf hin, dass es für KMU und Start-up-Unternehmen oft äußerst kompliziert ist, an öffentlichen Ausschreibungen teilzunehmen, insbesondere wenn diese auf Märkten organisiert sind, auf denen sie nicht direkt tätig sind und sie über suboptimale Kenntnisse der lokalen Vorschriften und Verwaltungsanforderungen verfügen; betont, dass KMU dabei unterstützt werden sollten, andere Märkte in den Mitgliedstaaten zu erschließen; fordert den EU-weiten Austausch bewährter Verfahren und die Vereinfachung grenzüberschreitender Vergabeverfahren; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Beteiligung von Unternehmen an der grenzüberschreitenden Vergabe öffentlicher Aufträge zu fördern, indem sie davon ablässt, Angebote bei Ausschreibungsverfahren aus Sprachgründen abzulehnen;

Or. en

Änderungsantrag 595
Pablo Arias Echeverría

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Durchführbarkeit eines europäischen Registers von***

Interessenerklärungen im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, das die Ermittlung persönlicher oder beruflicher Verbindungen zwischen öffentlichen Auftraggebern und erfolgreichen Bietern ermöglicht, um Interessenkonflikte zu vermeiden, die die Integrität des Verfahrens beeinträchtigen könnten;

Or. es

Änderungsantrag 596
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen; ***betont, dass der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wichtig ist, der vorgibt, dass die Entscheidungen des öffentlichen Auftraggebers sowie die in einem Angebot festgelegten Anforderungen und Bedingungen angemessen an die Art und den Umfang des zu vergebenden Auftrags angepasst werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 597
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame ***Durchsetzungsinstrumente*** einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame ***Instrumente für die Umsetzung und die Einhaltung der Vorschriften*** einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen; ***betont, dass öffentliche Auftraggeber, insbesondere solche mit begrenzten administrativen und wirtschaftlichen Ressourcen, bei der Durchsetzung und der Einhaltung der vereinbarten vertraglichen Verpflichtungen unterstützt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 598
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen***, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen***;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente ***zur Förderung von Rechtssicherheit und Kohärenz sowie Leitlinien für eine sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung in der gesamten EU*** einzuführen; ***schlägt vor, dass die Kommission die Mittel für die Weiterbildung öffentlicher Auftraggeber zur wirksamen Umsetzung des EU-Rahmens für die Vergabe öffentlicher Aufträge erhöht;***

Or. en

Änderungsantrag 599
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen***, Verfahrensgarantien, unabhängige Aufsichtsorgane mit ausreichenden Befugnissen*** und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, ***sowie Hindernisse, wie z. B. hohe Gebühren, für die Inanspruchnahme von Rechtsmitteln bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu beseitigen,*** um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;

Or. en

Änderungsantrag 600
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und ***Kohärenz voranzubringen***;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und ***den fairen Wettbewerb zu, fördern wobei besonderes Augenmerk auf die Schaffung transparenter, digitaler Überwachungs- und Prüfsysteme gelegt werden sollte, die Echtzeitdaten zur Aufdeckung von Betrug und zur Sicherstellung der Einhaltung***

der Vorschriften nutzen;

Or. en

Änderungsantrag 601
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen ***sowie qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und die Einhaltung von Tarifverhandlungen sicherzustellen***;

Or. en

Änderungsantrag 602
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen ***und die nationale Souveränität bei Vergabeverfahren zu***

wahren;

Or. en

Änderungsantrag 603
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte ***Überwachungsmechanismen*** und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;	19. fordert, einheitliche Leitlinien, standardisierte ***Überwachungs- und Berichterstattungsmechanismen*** und wirksame Durchsetzungsinstrumente einzuführen, um im gesamten System für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU Rechtssicherheit und Kohärenz voranzubringen;

Or. en

Änderungsantrag 604
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, die Unterscheidung zwischen zwingenden Gründen und Ermessensgründen für einen Ausschluss aufzuheben und klarzustellen, welche Gründe den Ausschluss öffentlicher Auftraggeber ermöglichen; fügt hinzu, dass jeder Wirtschaftsteilnehmer, der gegen seine Verpflichtungen in Bezug auf geltende Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards verstößt, wirksam von den Märkten für öffentliche Aufträge ausgeschlossen werden sollte; fügt hinzu, dass eine solche Bestimmung auch für die Vergabe von

Unteraufträgen gelten sollte; fordert die Erstellung einer europäischen schwarzen Liste von Wirtschaftsteilnehmern, die wegen Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen, wegen Steuerhinterziehung oder Steuervermeidung oder aus Gründen wie der Verletzung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten von den Märkten für öffentliche Aufträge ausgeschlossen sind;

Or. en

Änderungsantrag 605
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, die Verwaltungsverfahren so weit wie möglich zu straffen, um den Aufwand zu verringern, die Auswahlkriterien für eine wirksame Auftragsvergabe zu verfeinern und die Verwaltungskapazitäten zu stärken; ist der Ansicht, dass standardisierte Kriterien für leichter zugängliche und attraktivere Verträge für KMU sorgen, was für die Förderung einer breiteren Beteiligung und die Förderung von Innovationen in der Branche von wesentlicher Bedeutung ist;

Or. en

Änderungsantrag 606
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Kommission auf, das volle Potenzial der europäischen Datenbank für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu erschließen, indem sie sie in einer vollwertigen Datenanalyseplattform entwickelt, die mit Anbieterregistern sowie mit EU-weiten und nationalen Ausschlussdatenbanken verbunden ist, um grenzüberschreitende Überwachungsmechanismen und wirksame Durchsetzungsinstrumente zu verbessern und zu standardisieren;

Or. en

Änderungsantrag 607
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. empfiehlt die Einführung verstärkter Mechanismen für Transparenz und Aufsicht bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, indem fortschrittliche Datenanalyse- und KI-Technologien in den Vergabeprozess integriert werden, um Unregelmäßigkeiten, Betrug, nationale Sicherheitsrisiken und Korruption in Echtzeit aufzudecken;

Or. en

Änderungsantrag 608
Henrik Dahl

Entschließungsantrag

Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. empfiehlt der Kommission, die Entwicklung datengestützter Risikoanalysen innerhalb des Datenraums für das öffentliche Auftragswesen zu unterstützen, einschließlich der Integration von Daten zur Auftragsvergabe, zu Unternehmen und Sanktionen, um eine proaktive Betrugsaufdeckung und Integritätsaufsicht zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 609
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. ist der Ansicht, dass bei der Überarbeitung der Vergaberichtlinien sichergestellt werden sollte, dass die verbindliche Anwendung durch die Wirtschaftsteilnehmer den Bedingungen der geltenden Tarifverträge entspricht;

Or. en

Änderungsantrag 610
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. fordert die Kommission auf, zur Erhöhung der Transparenz und der Verantwortung in der gesamten

Lieferkette die Vergabe von Unteraufträgen auf höchstens zwei Ebenen zu begrenzen, die Offenlegung von Unterauftragnehmern verbindlich vorzuschreiben und eine gesamtschuldnerische Haftung der Wirtschaftsteilnehmer und Unterauftragnehmer in Bezug auf die Einhaltung des Arbeitsrechts und von Tarifverträgen einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 611
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. erkennt an, dass die Wirksamkeit des Mechanismus von Abhilfemaßnahmen („self-cleaning“) in hohem Maße von der Fähigkeit der öffentlichen Auftraggeber abhängt, diese Abhilfemaßnahmen gründlich zu bewerten; fordert die Kommission auf, den Mechanismus von Abhilfemaßnahmen durch objektive Mechanismen zu ersetzen und die Professionalisierung und Ausbildung der für die Beschaffung zuständigen Bediensteten weiter zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 612
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken;	20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um ***die Vergabeverfahren zu vereinfachen,*** die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken; ***ist der Ansicht, dass eine solche Standardisierung erheblich zur Verwaltungseffizienz und zur Senkung der Transaktionskosten beiträgt, da sie es sowohl den öffentlichen Auftraggebern ermöglicht, die Erstellung der Ausschreibungsunterlagen zu straffen, als auch den Wirtschaftsteilnehmern ermöglicht, Elemente früherer Ausschreibungen wiederzuverwenden, insbesondere wenn sie an mehreren Vergabeverfahren teilnehmen;***

Or. en

Änderungsantrag 613
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken;	20. ***ist der Ansicht, dass die Verfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge stärker vereinfacht und standardisiert werden müssen;*** spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken; ***weist auf die Verwendung von Standardmodellen hin, die kürzere und einheitlichere Ausschreibungsunterlagen vorsehen sollten, um den***

Verwaltungsaufwand für KMU und öffentliche Auftraggeber zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 614
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. spricht sich dafür aus, ***in allen Mitgliedstaaten*** Muster für Standardverträge einzuführen, ***um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten*** und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken;	20. spricht sich dafür aus, Muster für Standardverträge einzuführen, ***die auch die Integration von Vertragsdaten in digitale Plattformen erleichtern würden, was eine einfachere Nachverfolgung und einen Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen würde; dies würde dazu beitragen, unnötigen Verwaltungsaufwand zu verringern*** und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken***, wobei die Flexibilität für marktgesteuerte Lösungen gewahrt werden würde***;

Or. en

Änderungsantrag 615
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu	20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu

bewirken;	bewirken***, wobei die nationale Souveränität bei Vergabeverfahren gewahrt werden sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 616
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken;	20. spricht sich dafür aus, in allen Mitgliedstaaten Muster für Standardverträge***, wo dies angemessen oder geeignet ist,*** einzuführen, um die Ausschreibungsverfahren einheitlicher zu gestalten und für die öffentlichen Auftraggeber und die Wirtschaftsteilnehmer Rechtsklarheit zu bewirken;

Or. en

Änderungsantrag 617
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert die Kommission auf, eine eingehende Folgenabschätzung zu den Auswirkungen der Priorisierung nationaler oder gleichgesinnter Partnereinrichtungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Zusammenhang mit strategischen Branchen – wie Schwerindustrie, Arzneimittel, Energie und Chemikalien – durchzuführen, um

die Kontinuität kritischer Fähigkeiten in den Mitgliedstaaten sicherzustellen und die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern zu verringern; betont, dass die Kommission die potenziellen Kostenauswirkungen, die Risiken einer Beschränkung des Zugangs zu Spitzentechnologien und die Auswirkungen auf die Qualität von Dienstleistungen und Erzeugnissen sorgfältig bewerten und dabei die Kohärenz mit den internationalen rechtlichen Verpflichtungen der Gewerkschaften wahren muss; erkennt in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Unternehmen an, die innerhalb der Union investieren und reinvestieren und damit die europäische Wirtschaft, das Wohlergehen der Arbeitnehmer und der lokalen Gemeinschaften unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 618
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. verlangt, dass bei der Ausführung des Vertrags die Anwendung von Tarifverträgen, die eng mit dem Vertragsgegenstand verbunden sind, sichergestellt sein muss; fordert, dass der von den repräsentativsten Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler Ebene unterzeichnete nationale und territoriale Tarifvertrag in den Ausschreibungsunterlagen aufgeführt wird, um vertragliches Dumping und die Ausbeutung von Arbeitnehmern zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 619
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. begrüßt die von der Kommission gesetzte Priorität, die Belastung der Unternehmen durch gesetzliche Berichterstattungspflichten um 25 % und für KMU um 35 % zu verringern; fordert, dass diese Priorität in allen Sektoren umgesetzt wird, und fordert, dass alle neuen Vorschläge der Kommission auf der Grundlage der Frage bewertet werden, ob sie die Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessern, einschließlich solider Folgenabschätzungen;

Or. en

Änderungsantrag 620
Virginie Joron, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. unterstützt die Einführung verbindlicher sprachlicher Anforderungen, um sicherzustellen, dass das mit der Ausführung eines öffentlichen Auftrags betraute Personal in der Lage ist, die Amtssprache des Mitgliedstaats oder stattdessen die Sprache der Region, in der der Auftrag ausgeführt wird, zu verstehen und sie mündlich und schriftlich beherrscht;

Or. fr

Änderungsantrag 621
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. unterstützt die Einführung zivilgesellschaftlicher Überwachungsmechanismen, einschließlich Überwachungsmechanismen Dritter, in hochwertigen Bereichen und Bereichen mit hohem Risiko, um die wirksame Verwendung öffentlicher Mittel und die Integrität des Verfahrens zur Vergabe öffentlicher Aufträge sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 622
Gaetano Pedulla'

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. verlangt, dass öffentliche Aufträge überwiegend vom Bieter, die den Zuschlag erhalten haben und über direkte Arbeitskräfte verfügen, ausgeführt werden; hebt hervor, dass die Vergabe von Unteraufträgen auf höchstens zwei Ebenen erfolgen kann und bei spezialisierten Arbeiten nur mit technischer Begründung erfolgen kann; betont, dass den Arbeitnehmern, die bei einem Unterauftragnehmer beschäftigt sind, die gleiche Behandlung in Sachen Regulierungsstandards und Lohn zuerkannt werden muss wie den direkten Arbeitnehmern, die bei dem Bieter beschäftigt sind, der den Zuschlag

erhalten hat; vertritt die Auffassung, dass der öffentliche Auftraggeber und der Zuschlagsempfänger gemeinsam für die an Unterauftragnehmer vergebenen Arbeitnehmer im Hinblick auf die Einhaltung der Rechte und der Sicherheit der Arbeitnehmer, einschließlich der Zahlung von Gehältern und die Entrichtung von Beiträgen, verantwortlich sein müssen;

Or. en

Änderungsantrag 623
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. fordert eine Verschärfung der Integritätsmaßnahmen, einschließlich einer erweiterten Definition von Interessenkonflikten, um obligatorische Interessen und Vermögenserklärungen beteiligter öffentlicher Bediensteter einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass Mechanismen zur Meldung von Missständen vorhanden sind;

Or. en

Änderungsantrag 624
Virginie Joron, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen

Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern; ***bedauert, dass diese Instrumente in der EU erst vor Kurzem angenommen wurden; betont, wie wichtig es ist, beim Zugang zu öffentlichen Aufträgen auf internationaler Ebene für Gegenseitigkeit zu sorgen, und fordert eine bessere Nutzung des Instruments der EU für die internationale Vergabe öffentlicher Aufträge; hebt ferner die Möglichkeiten hervor, die die Verordnung (EU) 2023/2675 über den Schutz der Union und ihrer Mitgliedstaaten vor wirtschaftlichem Zwang durch Drittländer bietet, insbesondere im Hinblick auf den Ausschluss von Unternehmen aus dem betreffenden Drittland von der öffentlichen Auftragsvergabe in der EU oder die Verhängung von Strafen bei öffentlichen Ausschreibungen für diese Unternehmen; betont, dass die Verfahren, die zu befolgen sind, bevor über Vergeltungsmaßnahmen entschieden wird, umständlich und langwierig sind; fordert die Kommission und den Rat auf, die Verfahren zu beschleunigen;***
	Or. fr

Änderungsantrag 625
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, ***in vollem Umfang*** von den ***derzeitigen*** Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, ***den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Auftraggebern,*** von den ***verfügbaren*** Instrumenten***, wie z. B. das handelspolitische Schutzinstrumentarium der Union, in vollem Umfang*** Gebrauch zu

machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern***, der EU-Länder diskriminiert, die sich an ihren öffentlichen Vergabeverfahren beteiligen und aufgrund des internationalen Beschaffungsinstruments auf Gegenseitigkeit bestehen***; ***weist darauf hin, dass die Union den Zugang zu ihren Märkten für öffentliche Aufträge als Reaktion auf Verstöße gegen internationale Handelsregeln, einschließlich Zollerhöhungen, die nicht mit den WTO-Regeln vereinbar sind, einschränken kann; fordert darüber hinaus auf, im Rahmen der Verordnung über ausländische Subventionen entschlossene Maßnahmen zu ergreifen; unterstützt nachdrücklich die Entwicklung neuer Instrumente, um den Unionsmarkt angemessen vor nicht marktbedingten Überkapazitäten zu schützen;***

Or. en

Änderungsantrag 626
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern; ***bedauert daher die Verwässerung der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit sowie der Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, mit der die Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflicht und die Berichterstattung von Unternehmen aus Drittländern mit***

	dem EU-Binnenmarkt harmonisiert werden; betont, dass die Verwässerung oder Streichung dieser Rechtsvorschriften die Fähigkeit kleinerer europäischer Akteure beeinträchtigen würde, bei öffentlichen Ausschreibungen wettbewerbsfähig zu bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 627
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***empfiehlt der*** Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. ***fordert die*** Kommission ***auf***, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten ***wie der Verordnung über drittstaatliche Subventionen und dem Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen*** Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern***, und einen strikten Grundsatz der Gegenseitigkeit anzuwenden, wenn es um den Zugang zu strategischen Sektoren des Marktes für öffentliche Aufträge der EU – wie Lebensmittel, Energie und Gesundheit – geht***; ***ist der Ansicht, dass die europäischen Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge genügend Flexibilität bieten sollten, damit Unternehmen und Wertschöpfungsketten mit Sitz in der EU in der lokalen und regionalen Wirtschaft bevorzugt behandelt werden können;***

Or. en

Änderungsantrag 628
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern***, und erkennt gleichzeitig die besonderen Umstände von Gemeinschaften in EU-Grenzregionen an, die in regelmäßigem grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Austausch mit benachbarten Drittländern stehen; ist der Ansicht, dass die vereinfachte und wettbewerbsfähigere Vergabe öffentlicher Aufträge in der EU die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärken und sie besser in die Lage versetzen kann, wirtschaftliche Chancen in Drittländern zu nutzen***;

Or. en

Änderungsantrag 629
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, ***in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren*** Wettbewerb durch Drittländer ***zu verhindern***;	21. empfiehlt der Kommission, ***die EU-Rechtsvorschriften zum Schutz vor unlauterem*** Wettbewerb durch Drittländer***, insbesondere das Instrument betreffend das internationale Beschaffungswesen und die Verordnung über drittstaatliche Subventionen, uneingeschränkt und streng durchzusetzen***; ***weist darauf hin, dass Drittländer, die nicht Teil des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen sind oder kein internationales Abkommen mit der EU geschlossen haben, keine***

Gleichbehandlung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens geltend machen können, wie in der Rechtsprechung C-652/22 dargelegt; spricht sich daher für den Ausschluss dieser Länder aus;

Or. en

Änderungsantrag 630
Leila Chaibi, Per Clausen

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, ***den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Auftraggebern,*** in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern***, einschließlich der Verordnung über drittstaatliche Subventionen, des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen und der Möglichkeiten zum Ausschluss ausländischer Bieter von öffentlichen Aufträgen in der EU***;

Or. en

Änderungsantrag 631
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Jeannette Baljeu

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, ***den Mitgliedstaaten und den öffentlichen Auftraggebern,*** in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch

Drittländer zu verhindern***, einschließlich der Verordnung über drittstaatliche Subventionen, des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen und der Möglichkeiten zum Ausschluss ausländischer Bieter von öffentlichen Aufträgen in der EU***;

Or. en

Änderungsantrag 632
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern; ***fordert insbesondere, dass Wirtschaftsteilnehmer, die faire Arbeitsbedingungen bieten und mit Gewerkschaften geschlossene Tarifverträge anwenden, nicht untergraben werden;***

Or. en

Änderungsantrag 633
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern ***und den Umfang der grenzüberschreitenden Ausschreibungen***

im Binnenmarkt zu erhöhen und sicherzustellen, dass europäische Bieter an Ausschreibungen teilnehmen können;

Or. en

Änderungsantrag 634
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt der Kommission, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten***, einschließlich des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen und der Verordnung über drittstaatliche Subventionen,*** Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 635
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. empfiehlt ***der Kommission***, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;	21. empfiehlt ***den Mitgliedstaaten***, in vollem Umfang von den derzeitigen Instrumenten Gebrauch zu machen, um unlauteren Wettbewerb durch Drittländer zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 636
Johan Danielsson, Adnan Dibrani, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert, dass die Mitgliedstaaten in der Richtlinie ausdrücklich ermächtigt werden, die Vergabe von Unteraufträgen in Sektoren, die von Ausbeutung, Betrug und krimineller Unterwanderung bedroht sind und in denen die Vergabe von Unteraufträgen Sicherheitsrisiken birgt, indem potenziell antagonistischen oder böswilligen Akteuren Zugang zu sensiblen Arbeitsplätzen und kritischen Infrastrukturen gewährt wird, grundsätzlich auf höchstens zwei Ebenen zu beschränken; betont, dass solche ausdrücklichen Bestimmungen die Transparenz erheblich erhöhen, die Risiken im Zusammenhang mit übermäßig komplexen Lieferketten mindern und die Schutzvorkehrungen zum Schutz vor kriminellen Aktivitäten, Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte und Sicherheitsbedrohungen stärken würden;

Or. en

Änderungsantrag 637
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert insbesondere, dass Wirtschaftsteilnehmer, die gute Arbeitsbedingungen bieten und mit Gewerkschaften geschlossene Tarifverträge anwenden, nicht untergraben werden; weist darauf hin, dass die Anwendung eines erheblichen

obligatorischen Zuschlagskriteriums im Zusammenhang mit Tarifverhandlungen, insbesondere in der Hinsicht, dass Bieter, die bei ihren Arbeitnehmern sowie bei den Arbeitnehmern ihrer Unterauftragnehmer Tarifverträge anwenden, bevorzugt behandelt werden, sowie mit Hinblick auf die uneingeschränkte Einhaltung der im ILO-Übereinkommen C94 über die Arbeitsklauseln (Öffentliche Verträge) festgelegten Bedingungen, erheblich zur Verwirklichung dieser Ziele beitragen wird;

Or. en

Änderungsantrag 638
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. betont, dass die obligatorische Anwendung von Nachhaltigkeits- und Sozialkriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine Möglichkeit darstellt, hochwertige Erzeugnisse und Dienstleistungen zu bewerten und gleichzeitig Sozial- und Umweltdumping zu verhindern; fordert die Kommission auf, den derzeitigen Anhang X der Richtlinie (EU) 2014/24 zu erweitern, um seinen Anwendungsbereich zu aktualisieren und insbesondere die IAO-Übereinkommen Nr. 155 und Nr. 187 über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz sowie das Übereinkommen von Paris aufzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 639
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die verbindliche Sozialklausel im EU-Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu überarbeiten und klarzustellen, indem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass ein Verweis auf Tarifverträge niemals als diskriminierende Maßnahme im öffentlichen Auftrag angesehen werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 640
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. empfiehlt, Wirtschaftsteilnehmer aus Ländern, die kein plurilaterales oder bilaterales Abkommen mit der EU geschlossen haben, das einen gleichberechtigten und gegenseitigen Zugang zur Vergabe öffentlicher Aufträge garantiert, von der Beschaffung der EU in strategischen Sektoren auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 641
Dóra Dávid

Entschließungsantrag

Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie die Beteiligung europäischer Unternehmen an Vergabeverfahren für von europäischen Institutionen finanzierte Projekte gefördert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 642
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. betont, dass es wichtig ist, die uneingeschränkte Einhaltung der im IAO-Übereinkommen 94 über die Arbeitsklauseln (Öffentliche Verträge) festgelegten Bedingungen als Teil der horizontalen Mindestanforderungen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 643
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Auftragnehmer zu verpflichten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Einklang mit den geltenden Tarifverträgen im Einklang mit dem ILO-Übereinkommen 94

einzuhalten;

Or. en

Änderungsantrag 644
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Unternehmen, die geltende Tarifverträge einhalten oder über Vereinbarungen auf Unternehmensebene verfügen, eine Vorzugsbehandlung zu ermöglichen, indem beispielsweise sichergestellt wird, dass die Vergabestellen Unternehmen mit Tarifverträgen Vergabepunkte gewähren können und dass die nationalen Vergabestellen solche Maßnahmen verbindlich vorschreiben können;

Or. en

Änderungsantrag 645
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. fordert die Kommission auf, die verbindliche Sozialklausel in den europäischen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu überarbeiten und klarzustellen, indem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass ein Verweis auf Tarifverträge niemals als diskriminierende Maßnahme im öffentlichen Auftrag angesehen werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 646
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21d. fordert die Kommission nachdrücklich auf, Unternehmen, die an kriminellen Aktivitäten oder gewerkschaftsfeindlichen Praktiken beteiligt sind oder sich kategorisch geweigert haben, an Tarifverhandlungen teilzunehmen, von öffentlichen Ausschreibungen auszuschließen;

Or. en

Änderungsantrag 647
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 21 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21e. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Unternehmen, die EU-Mittel oder öffentliche finanzielle Unterstützung erhalten, Arbeitnehmer schützen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten, Gewerkschaften und geltende Tarifverträge im Einklang mit den IAO-Übereinkommen achten;

Or. en

Änderungsantrag 648

Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard, Svenja Hahn

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. ***stellt fest, dass ein erheblicher Teil der Aufträge in den meisten Mitgliedstaaten auf der Grundlage des niedrigsten angebotenen Preises vergeben wird;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern ***oder von EU-Unternehmen, die bei der Ausschreibung Unternehmen aus Drittländern als Unterauftragnehmer oder Erzeugnisse mit Ursprung in Drittländern einsetzen,*** mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird; ***hebt die negativen Auswirkungen der Fokussierung auf den niedrigsten Preises als einziges Zuschlagskriterium hervor und fordert die Kommission nachdrücklich auf, strengere Maßnahmen in Bezug auf Dumping zu ergreifen; fordert die Mitgliedstaaten auf, Angebote abzulehnen, wenn die vorgelegten Nachweise das ungewöhnlich niedrige Preisniveau nicht angemessen rechtfertigen;***

Or. en

Änderungsantrag 649

Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, ***entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass*** gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern ***mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen*** beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen ***vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird***;	22. ***betont, dass sichergestellt werden muss, dass Unternehmen aus Drittländern bei Vergabeverfahren keine unlauteren Vorteile durch staatliche Subventionen erlangen können und dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten ***daher*** nachdrücklich auf, ***entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, klare und transparente Regeln für den Ausschluss von Bietern aus Drittländern festzulegen und strengere Maßnahmen*** gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern ***einzuführen, indem sie*** beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen ***verlangen und die öffentlichen Auftraggeber zwingen, ein Angebot abzulehnen, wenn die vorgelegten Nachweise das niedrige Preisniveau nicht zufriedenstellend rechtfertigen***; ***fordert ferner eine Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten in Bezug auf die Vorschriften für die Einbeziehung oder den Ausschluss von Bietern aus Drittländern in öffentliche Ausschreibungen, insbesondere in Fällen, in denen Projekte aus europäischen Mitteln (ko-)finanziert werden;***

Or. en

Änderungsantrag 650
Pablo Arias Echeverría

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird; ***fordert, dass Aufträge, die ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert werden, einem verstärkten Überwachungs- und Kontrollsystem unterliegen, das regelmäßige Prüfungen und den Zugang der Öffentlichkeit zu den wesentlichen Informationen der Verfahren, einschließlich Auswahlkriterien, Punktzahlen und Begründungen für die Vergabe, umfasst.***

Or. es

Änderungsantrag 651
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen ***aus Drittländern*** vorzugehen, die ***sich mittels staatlicher Subventionen*** einen unfairen Vorteil ***bei Vergabeverfahren verschaffen***; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen ***aus Drittländern*** mit strengeren Maßnahmen	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen ***alle*** Unternehmen vorzugehen, die ***den Rahmen für die Vergabe öffentlicher Aufträge ausnutzen, um sich in Beschaffungsprozessen*** einen unfairen Vorteil ***zu verschaffen, wie etwa kriminelle Netze und Wirtschaftsteilnehmer, die Sozialdumping***

vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;

betreiben; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von ***allen*** Unternehmen mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird***, soziale und Nachhaltigkeitsziele nicht untergrabenwerden, und Wirtschaftsteilnehmer nicht diskriminiert werden, die Tarifverträge abgeschlossen haben oder ihre Arbeitnehmer fair bezahlen***;

Or. en

Änderungsantrag 652
Virginie Joron, Ernő Schaller-Baross, Elisabeth Dieringer

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird; ***fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/2560 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 über den Binnenmarkt verzerrende drittstaatliche***

Subventionen;

Or. fr

Änderungsantrag 653
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet ***wird***;	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote***, insbesondere*** von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise ***die Ausschlusskriterien verschärft werden und*** unabhängige Kostenbewertungen***, die Einhaltung fairer Löhne, die Einhaltung der IAO-Normen und eines verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns*** vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt ***sowie Sozial- und Umweltstandards*** nicht durch Preisunterschreitung gefährdet ***werden***;

Or. en

Änderungsantrag 654
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Sebastião Bugalho, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird; ***fordert die strikte Anwendung der Verordnung über drittstaatliche Subventionen und des Instruments betreffend das internationale Beschaffungswesen, um gleiche Wettbewerbsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu gewährleisten;***

Or. en

Änderungsantrag 655
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben

werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;

werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird***, und nationale Sicherheitsinteressen, insbesondere im Zusammenhang mit kritischen Infrastrukturen, gewahrt werden***;

Or. en

Änderungsantrag 656
Klara Dostalova, Jaroslav Bžoch, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern***, die die Leistung oder Qualität beeinträchtigen könnten,*** mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;

Or. en

Änderungsantrag 657
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

22. fordert ***die Kommission und*** die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;	22. fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, entschlossen gegen Unternehmen aus Drittländern vorzugehen, die sich mittels staatlicher Subventionen einen unfairen Vorteil bei Vergabeverfahren verschaffen; empfiehlt, dass gegen ungewöhnlich niedrige Angebote von Unternehmen aus Drittländern mit strengeren Maßnahmen vorgegangen wird, mit denen beispielsweise unabhängige Kostenbewertungen vorgeschrieben werden und sichergestellt wird, dass der faire Wettbewerb auf dem Markt nicht durch Preisunterschreitung gefährdet wird;

Or. en

Änderungsantrag 658
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. betont, dass unlauterer Wettbewerb negative Auswirkungen sowohl auf Arbeitnehmer als auch auf gutgläubige Unternehmen hat; ist der Ansicht, dass Wirtschaftsteilnehmer, die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte sowie arbeitsrechtliche Verpflichtungen, einschließlich Tarifverträgen, oder Umweltverpflichtungen nicht eingehalten haben (oder deren Unterauftragnehmer diese nicht eingehalten haben) oder die sich an Straftaten im Bereich Beschäftigung beteiligt haben, von öffentlichen Vergabeverfahren ausgeschlossen werden müssen; ist ferner der Ansicht, dass Wirtschaftsteilnehmer, die die ihren Arbeitnehmern geschuldeten Löhne nicht gezahlt haben, Sozialversicherungsbeiträge nicht

entrichten oder Steuerhinterziehung oder -umgehung betreiben, keine öffentlichen Aufträge erhalten dürfen; betont, dass zur Förderung einer größeren Effizienz und Vereinfachung die Bestimmungen über Ausschlussgründe durch eine erschöpfende Liste und eine klare Unterscheidung zwischen zwingenden Gründen für einen Ausschluss zum Schutz eines öffentlichen Interesses und Ermessensgründen zum Schutz der Interessen der öffentlichen Auftraggeber oder Auftraggeber gestrafft werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 659
Pierfrancesco Maran, Brando Benifei, Cecilia Strada, Raffaele Topo, Pierre Jouvet

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert, dass soziale Kriterien von allen Wirtschaftsakteuren, einschließlich Anbietern und Unterauftragnehmern, in der gesamten Kette der Tätigkeiten eingehalten werden und dass dies auch sichergestellt wird, indem die Anwendung der Verpflichtungen überwacht wird, die in der jüngsten Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit – die klare Verpflichtungen, die tatsächlichen und potenziellen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt während der gesamten Geschäftstätigkeit und in der gesamten Lieferkette von Unternehmen anzugehen, enthält –, festgelegt sind; betont, dass die Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe sicherstellen muss, dass Bieter ihren Sorgfaltspflichten nachkommen, indem dies als Voraussetzung für die Teilnahme an Ausschreibungen für die Vergabe

öffentlicher Aufträge gilt;

Or. en

Änderungsantrag 660
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Nikola Minchev, Veronika Cifrová Ostrihoňová, Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. ist der Ansicht, dass die europäische Präferenz als wichtiges Leitprinzip und langfristiges Ziel der EU-Politik im Zusammenhang mit dem europäischen Vergabe öffentlicher Aufträge betrachtet werden muss, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie zu entwickeln und zu schützen; betont jedoch, dass eine solche Präferenz nicht als absoluter Grundsatz verfolgt werden darf und dem bestehenden Status internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten besondere Beachtung geschenkt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 661
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert, dass die europäische Präferenz als wichtiges Leitprinzip der EU-Politik im Zusammenhang mit der europäischen Vergabe von öffentlichen Aufträgen betrachtet wird, um die europäische Wettbewerbsfähigkeit und strategische Autonomie zu entwickeln und

zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 662
Hanna Gedin, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert eine praktikablere Definition des Begriffs „ungewöhnlich niedriger Preis“, um den öffentlichen Auftraggebern dabei zu helfen, Aufträge zu ermitteln, bei denen davon auszugehen ist, dass keine hochwertigen Erzeugnisse geliefert oder die sozialen Bedingungen nicht erfüllt werden;

Or. en

Änderungsantrag 663
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. ist der Ansicht, dass die Überwachungs- und Sanktionsmechanismen verstärkt werden müssen, um sicherzustellen, dass die geltenden arbeitsrechtlichen Verpflichtungen und die Einhaltung der Verträge durch die Wirtschaftsteilnehmer sowie andere Anforderungen eingehalten werden und dass die Nichteinhaltung der einschlägigen Bedingungen zu abschreckenden Sanktionen führt, einschließlich der Kündigung des

Vertrags und des Ausschlusses von Vergabeverfahren; ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten angemessene finanzielle und nichtfinanzielle Unterstützung leisten müssen, um die öffentlichen Auftraggeber mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, damit sie ihrer Verantwortung gerecht werden können;

Or. en

Änderungsantrag 664
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, ***mit denen*** die Widerstandskraft ***der regionalen Wirtschaft***, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft ***unterstützt werden***, ***wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen ***der europäischen Präferenz*** zum Tragen kommen, die ***letztlich die wirtschaftliche, soziale und ökologische*** Widerstandskraft ***auf europäischer und regionaler Ebene, hochwertige Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen***, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft, ***die Gleichstellung der Geschlechter und die Einbeziehung von Arbeitnehmern mit Behinderungen unterstützen, einschließlich öffentlicher Konsultationsmechanismen der Gemeinden; fordert die Einführung einer Verpflichtung für die öffentlichen Auftraggeber, eine eingehende Analyse ihrer lokalen Wirtschaftsbasis (Beschaffung) vorzunehmen***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten; ***es ist wichtig, den öffentlichen Auftraggebern die Möglichkeit zu geben, sich stärker auf***

soziale Kriterien und Nachhaltigkeitskriterien, einschließlich Umwelt- und Klimakriterien, zu konzentrieren;

Or. en

Änderungsantrag 665
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese, David Cormand

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden***, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten; ***betont die Rolle, die die Vergabe öffentlicher Aufträge für die Entwicklung einer nachhaltigen und gesunden Politik im Lebensmittelbereich spielen kann, indem verbindliche Nachhaltigkeits- und Klimakriterien auf die Auswahl von Verpflegungsdiensten Anwendung finden, mit denen ökologische und nachhaltig angebaute Lebensmittel gefördert werden, unter anderem durch die Berücksichtigung einiger geografischer Kriterien, um die lokale Beschaffung von Primärnahrungsmitteln sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 666
Jeannette Baljeu, Ivars Ijabs, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Nikola Minchev, Anna-Maja Henriksson, Veronika Cifrová Ostrihoňová,

Cynthia Ní Mhurchú, Morten Løkkegaard

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten; ***fordert die Kommission auf, die Empfehlung des Draghi-Berichts weiterzuverfolgen, wonach bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, soweit erforderlich und möglich, ausdrückliche Mindestquoten für ausgewählte lokal erzeugte Erzeugnisse verwendet werden sollten;***

Or. en

Änderungsantrag 667
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden***, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen***	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden; ***weist*** in diesem Zusammenhang ***darauf hin, dass es wichtig ist, dass Bieter mit***

Zentren ausgeglichen werden soll; ***betont*** in diesem Zusammenhang die Bedeutung ***der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten***;

Tarifverträgen und fairer Entlohnung für ihre Arbeitnehmer bei öffentlichen Ausschreibungen gleiche Bedingungen vorfinden, um eine indirekte Diskriminierung zu vermeiden; ***unterstreicht*** die Bedeutung ***von hochwertigen Arbeitsplätzen für die regionale wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit und die Nachhaltigkeit der lokalen Wirtschaft;***

Or. en

Änderungsantrag 668
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden***, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der*** Wirtschaftstätigkeit ***in*** städtischen ***Zentren ausgeglichen werden soll***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden ***und die zu einer ausgewogeneren Verteilung der*** Wirtschaftstätigkeit ***zwischen*** städtischen ***und nicht-städtischen Gebieten beitragen***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten; ***betont, dass Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge das Wirtschaftswachstum fördern sollten, ohne bestimmte Sektoren oder Regionen übermäßig zu begünstigen;***

Or. en

Änderungsantrag 669
Kateřina Konečná

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, ***die soziale Widerstandsfähigkeit, hochwertige Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen sowie*** die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;

Or. en

Änderungsantrag 670
Maria Grapini

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten ***sowie kleiner Unternehmer im ländlichen Raum***;

Or. ro

Änderungsantrag 671
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. ***strebt an***, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen ***zum Tragen kommen, mit denen*** die Widerstandskraft der regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft ***unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll***; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	23. ***fordert***, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen ***der europäischen Präferenz einbezogen werden, um letztlich*** die Widerstandskraft der ***europäischen und*** regionalen Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft zu unterstützen; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;

Or. en

Änderungsantrag 672
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der ***regionalen*** Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung	23. strebt an, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge tatsächlich Mechanismen zum Tragen kommen, mit denen die Widerstandskraft der ***nationalen*** Wirtschaft, die gerechte Verteilung der Chancen und die Nachhaltigkeit der örtlichen Wirtschaft unterstützt werden, wodurch die unverhältnismäßige Ballung der Wirtschaftstätigkeit in städtischen Zentren ausgeglichen werden soll; betont in diesem Zusammenhang die Bedeutung

der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;	der landwirtschaftlichen Erzeuger und ihrer Lieferketten;

Or. en

Änderungsantrag 673
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. besteht darauf, dass die Vergabe von Aufträgen auf dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis beruhen sollte, was bedeutet, dass die Angebote nicht nur nach dem Preis, sondern auch nach Faktoren wie Qualität, regionale und soziale Auswirkungen und Kontinuität der Bereitstellung komplexer und wesentlicher Dienstleistungen wie der lokalen und regionalen Gesundheitsversorgung bewertet werden sollten; fordert die Entwicklung gemeinsamer Methoden für die Bewertung der Lebenszykluskosten, um von einem rein preisbasierten Zuschlagskriterium abzurücken; empfiehlt, dass, wenn ein Auftrag ausschließlich auf der Grundlage des Kriterium des niedrigsten Preises vergeben wird, eine eindeutige Begründung für diese Entscheidung vorgelegt werden muss; ist der Ansicht, dass es für strategische Sektoren wie Lebensmittel, Energie und Gesundheit umfassende Ausnahmen geben muss, um die strategische und bevorzugte Vergabe von Aufträgen an europäische Unternehmen und Wertschöpfungsketten zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 674
Adnan Dibrani, Christel Schaldemose, Johan Danielsson, Maria Guzenina

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. unterstützt eine größere Flexibilität bei öffentlich-öffentlichen Partnerschaften, damit die Behörden wirksamer zusammenarbeiten können, um die Erbringung von Dienstleistungen zu verbessern und die Kosten zu senken; empfiehlt, die Definition der öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit in der geltenden Richtlinie so zu überarbeiten, dass Verträge oder Vereinbarungen zwischen zwei oder mehr öffentlichen Auftraggebern als Zusammenarbeit in diesem Sinne anerkannt werden und in der aktualisierten Richtlinie eine breitere Ausnahme für diese Art von Zusammenarbeit einzuführen;

Or. en

Änderungsantrag 675
Anna Cavazzini, Reinier Van Lanschot, Katrin Langensiepen, Alexandra Geese

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. bedauert, dass die derzeitige Richtlinie keine geschlechtsspezifische Dimension aufweist; fordert die Kommission auf, die anstehende Überarbeitung zu nutzen, um sicherzustellen, dass die Umsetzung in den Mitgliedstaaten mit den IAO-Übereinkommen Nr. 100 und Nr. 111 sowie mit der Richtlinie zur Lohntransparenz, der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und der Richtlinie über Frauen in

Aufsichtsräten im Einklang steht; ist der Ansicht, dass die Nichteinhaltung bestehender Rechtsvorschriften als Ausschlusskriterien betrachtet werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 676
Klara Dostalova, Virginie Joron, Jaroslav Bžoch, Filip Turek

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, dass die derzeitige Verknüpfung zwischen verschiedenen Richtlinien über die Vergabe öffentlicher Aufträge nach wie vor verworren ist und zu einer erheblichen Überschreitung der Zuständigkeiten führt; besteht darauf, dass wir der zentralisierten Kontrolle wieder angemessene Grenzen setzen müssen, indem wir zusätzliche Regulierungsebenen vermeiden, die nur dazu dienen, die Markteffizienz und das freie Unternehmertum zu untergraben und Verwirrung bei Unternehmen und den lokalen Gebietskörperschaften zu stiften;

Or. en

Änderungsantrag 677
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. spricht sich dafür aus, dass ein Mechanismus zur Behandlung von Angeboten, die nicht unter internationale

Abkommen fallen, in den Richtlinien eingeführt wird; unterstützt darüber hinaus eine Ausweitung des Präferenzsystems nach Artikel 85 der Richtlinie 2014/25 auf Aufträge, die von öffentlichen Auftraggebern vergeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 678
Piotr Müller

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. erkennt die Besonderheiten und die strategische Rolle der öffentlichen Lebensmittelbeschaffung an, um die Ernährungssicherheit und Resilienz der Ernährung in der EU zu stärken, die Landwirte in der EU zu unterstützen und gesündere Essgewohnheiten zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 679
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. fordert, dass die Gebiete in äußerster Randlage weiterhin von Sondermaßnahmen profitieren, die durch die besonderen Herausforderungen gerechtfertigt sind, mit denen diese Gebiete konfrontiert sind;

Or. en

Änderungsantrag 680
Christian Doleschal, Marion Walsmann, Daniel Caspary, Regina Doherty, Gheorghe Falcă, Andreas Schwab, Zala Tomašič

Entschließungsantrag
Ziffer 23 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23c. stellt fest, dass öffentliche Auftraggeber bereits eine nachhaltige und klimafreundliche Beschaffung betreiben, die sich an umfassenden Nachhaltigkeitsvorschriften auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene orientiert; betont, dass verbindliche ESG-Kriterien zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die öffentlichen Auftraggeber mit sich bringen würden, wobei im Gegenzug nur mit minimalen Vorteilen zu rechnen wäre;

Or. en

Änderungsantrag 681
Hanna Gedin, Per Clausen, Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ***empfiehlt, strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge einzuführen, bei denen insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit*** dem langfristigen Wert ***und der Widerstandsfähigkeit*** Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen ***eingeräumt wird***;	24. ***fordert die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge, auch als strategische Beschaffung bekannt, die*** dem langfristigen Wert, ***der Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen, der Förderung von Tarifverhandlungen und hochwertigen Arbeitsplätzen, der Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung und besseren Bedingungen für Menschen mit Behinderungen und***

benachteiligte Menschen sowie der Widerstandsfähigkeit, einschließlich der ökologische Resilienz und der Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel, Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen ***in allen öffentlichen Sektoren, insbesondere bei Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, einräumt***; ***bekräftigt, dass künftige Rahmenregelungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge die Möglichkeit der Behörden, Dienstleistungen intern zu erbringen, nicht einschränken dürfen;***

Or. en

Änderungsantrag 682
Pierre Jouvet, Laura Ballarín Cereza, Elisabeth Grossmann, Idoia Mendia, François Kalfon, Estelle Ceulemans, Raphaël Glucksmann, Maria Guzenina, Brando Benifei, Pierfrancesco Maran

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ***empfiehlt,*** strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***einzuführen***, bei denen ***insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit*** dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird;	24. ***fordert, dass*** strategisch ausgerichteter Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***eingeführt werden***, bei denen dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird***, und Erzeugnissen Chancen auf Leitmärkten geboten werden, die den Zielen der Union, einschließlich hochwertige Arbeitsplätze und Tarifverhandlungen, Umwelt- und Klimaschutz entsprechen, insbesondere in strategischen Sektoren und für Schlüsseltechnologien für die Zukunft, wie z. B. Gesundheitsversorgung und Arzneimittel, Energie, Bauwesen, Stahl, Automobilindustrie, Sicherheit und Verteidigung, künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Halbleiter, 5G/6G, Biotechnologien, Netto-Null-***

Technologien, Mobilität, Chemie und fortgeschrittene Werkstoffe;

Or. en

Änderungsantrag 683
Leila Chaibi

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ***empfiehlt,*** strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***einzuführen***, bei denen ***insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit*** dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird;	24. ***fordert, dass*** strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge ***eingeführt werden***, bei denen dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird***, und Erzeugnissen Chancen auf Leitmärkten geboten werden, die den Zielen der Union entsprechen, insbesondere in strategischen Sektoren und für Schlüsseltechnologien für die Zukunft, wie z. B. Stahl, Automobilindustrie, Verkehrsindustrie, Gesundheitsversorgung und Arzneimittel, Energie, künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Halbleiter, 5G/6G, Biotechnologien, Netto-Null-Technologien, Mobilität, Chemikalien und fortgeschrittene Werkstoffe***;

Or. en

Änderungsantrag 684
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Jeannette Baljeu

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. ***empfiehlt,*** strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher	24. ***fordert, dass*** strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe

Aufträge ***einzuführen***, bei denen ***insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit*** dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird;	öffentlicher Aufträge ***eingeführt werden***, bei denen dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird ***und Erzeugnissen Chancen auf Leitmärkten geboten werden, die den Zielen der Union entsprechen, insbesondere in strategischen Sektoren und bei Schlüsseltechnologien für die Zukunft, wie Stahl, Automobilindustrie, Gesundheitsversorgung und Arzneimittel, Energie, künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Halbleiter, 5G/6G, Biotechnologien, Netto-Null-Technologien, Mobilität, Chemikalien und fortschrittliche Materialien***;

Or. en

Änderungsantrag 685
Salvatore De Meo

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. empfiehlt, strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge einzuführen, bei denen insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird;	24. empfiehlt, strategisch ausgerichtete Modelle für die Vergabe öffentlicher Aufträge einzuführen, bei denen insbesondere in Bereichen wie Gesundheitsversorgung, Energie und Sicherheit dem langfristigen Wert und der Widerstandsfähigkeit Vorrang vor kurzfristigen Kostensenkungen eingeräumt wird; ***betont, wie wichtig es ist, Investitionen in die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen zu fördern, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, die Änderung der Laufzeit eines Konzessionsvertrags zuzulassen, um neuen Investitionen Rechnung zu tragen, die der Konzessionär nach der Vergabe getätigt hat;***

Or. it